

WIR,
DIE HEIMKEHRER AUS KRIEG
UND GEFANGENSCHAFT
SOWIE DIE BÜRGER DIESER STADT
GEDENKEN AN DIESER STELLE
ALLER TOTEN DER KRIEGE
UND OPFER JEDER GEWALT.

WIR,
DIE DAS SCHICKSAL VERSCHONT HAT,
RUFEN ALLE
KÜNFTIGEN GENERATIONEN AUF:
„VERSÖHNT EUCH, VERMEIDET DEN HASS
UND BAUT BRÜCKEN ZUEINANDER!“

Liebe Kolleg*innen,

hat diese Ausgabe unseres „forum“ zu viel Krieg und Militarismus zum Inhalt? - Das mag die eine oder der andere so empfinden. Auf jeden Fall ist zu viel Krieg und Militarisierung in der Gesellschaft festzustellen. Und ein Ende ist kaum in Sicht, ganz im Gegenteil. Seht euch dazu einmal an, was im Bundesland Bayern bereits vonstatten geht (ab S. 6), was unsere Kolleg*innen von der dortigen GEW dagegen unternehmen (ab S. 8) und wie wir sie von hier aus unterstützen können (Kasten auf S. 6).

Ein Blick zurück kann ja immer sehr hilfreich sein. Warum Fehler begehen, die Kolleg*innen-Generationen vor uns heute hoffentlich nicht mehr machen würden? Was diesen Aspekt angeht, mögen die Buchrezensionen auf den Seiten 10 bis 15 eine Orientierung bieten.

Bevor es dann ab Seite 17 um die bald beginnende TVÖD-Tarifrunde geht, enthalten wir euch am Ende der Rubrik TITELTHEMA nicht vor, was euer Geschäftsführender Vorstand (GfV) der Kölner GEW zu Krieg und Frieden an die GEW- und DGB-Landes- bzw. Bundesvorstände geschickt hat. Sobald wir erste Reaktionen darauf haben, seid ihr unter den ersten, die darüber informiert werden!

Die Rubrik AUS DEN GREMIEN umfasst einen sehr motivierenden Bericht von den Aktionen der VHS-Beschäftigten und eine überaus anschauliche Auswertung der Personalratswahlen an den Schulen im Regierungsbezirk Köln.

Nachdem es in der BILDUNGSPOLITIK ab Seite 24 um die Gefahren der Mediennutzung bei Kindern geht sowie um eine herbe Kritik am Umgang mit den Beschäftigten bei freien Bildungsträgern, folgt noch ein Abgesang auf die (Minder-)Wertschätzung, die das NRW-Bildungsministerium dem „Ganztag“ zuteil werden lässt.

Als gesamtgesellschaftlich relevante Themen wartet dann die entsprechende Rubrik von Seite 28 bis 31 vor allem mit dem Thema Verkehrs(w)ende auf.

Vor unseren sehr (!) AKTIVEN RUHESTÄNDLER*INNEN (zwei kulturelle Berichte und drei Termine von Oktober bis Dezember) gibt es beginnend mit der Seite 32 noch Erfreuliches von der neuen GEW Köln-Arbeitsgruppe FRIEDEN & INTERNATIONALES zu lesen.

Und damit wären wir wieder beim TITEL dieser „forum“-Ausgabe angelangt:

„Friedensgebot mit Leben füllen, kriegerische Gewaltspirale durchbrechen!“

(aus: Erklärung des DGB zum Antikriegstag 2024; vgl. S. 39 dieser Ausgabe)

Es grüßt euch herzlichst
eure „forum“-Redaktion

forum 2024 Ausblick

Ausgabe 3/2024

Redaktionsschluss: 11.10.2024
Erscheinungstermin: 09.12.2024

forum 2-2024

KONTAKTE Gremien zum Mitmachen	4
KALENDERBLATT GfV wird neu gewählt Nach Berlin: gegen Krieg(e)!	5
TITELTHEMA: Gegen Krieg und Militarisierung Bayern prescht vor Den Krieg verlernen Aus Kriegen lernen? Für internationale gewerkschaftliche Friedenskonferenz	6 10 11 16
TARIFRUNDE TVÖD Beginn der Forderungsdiskussion Tarifrunde neu denken!	17 18
AUS DEN GREMIEN Petition der DGB-Frauen Protest der VHS-Beschäftigten Auswertung der PR-Wahlergebnisse	19 20 22
BILDUNGSPOLITIK Mediengefahren bei Kindern Probleme bei Sprach-Kita-Beschäftigten Probleme beim Ganztag	24 25 26
GESELLSCHAFT Massenhaft gegen Rechts Wird Nord-Süd zu Ost-West? D-Ticket verteidigen! Kann „Zivilcourage“ reichen?	27 28 30 31
FRIEDEN & INTERNATIONALES Bericht Klippert-Veranstaltung Klippert-Interview	32 33
AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN ... im Historischen Archiv und K20 Düsseldorf Kommende Veranstaltungen	34-35 36-37
FCK AFD GEW Thüringen zu Höcke und Konsorten	38
ANTI-KRIEGSTAG Erklärung des DGB Einladung zur Mitgliederversammlung	39 40



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönian (verantwort. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Ines Bartenstein und Eva Caspers

Hinweis zum Titelbild Foto: G. Schönian, aufgenommen im Park der Villa-Zanders in Bergisch Gladbach

Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

Druck: Zimmermann GmbH, Köln

Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln



Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Dr. Lioba Waleczek, liobawaleczek@web.de

Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Eva Caspers, eva.caspers@gew-nrw.de

Nick Bauermeister, nick.bauermeister@gew-nrw.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693, thorsten@albersmann.koeln

Katja Nielsen, 0221-5506556, katja.nielsen@gmx.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken, hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Mirjam Berg, mrjmborg@gmail.com

Sonja Gaedicke, sonjagaedicke@gmail.com

Sarah Karim, sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch, ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe, karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann, maren.bennemann@gew-nrw.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Alfter, rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

Nanny Gatzen-Stadter, Nanny.Gatzen-Stadter@t-online.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey, henning.m.frey@web.de

Julian Gurster, julianguerster@gmx.de

QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Till Struve, Marian Bäcker, E-Mail: N.N.

LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder, treder.silvia@gmail.com

Hasan Taşkale, Telefon: 0177-2403581, kontakt@gew-koeln.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloekener@online.de

Marcel Wilmes, marcel.wilmes@gew-nrw.de

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki, T: 0221-684871, E-Mail: annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller-Breu, stefan.schueller@gmx.net

FRIEDEN & INTERNATIONALES

Peter Heim, peter.heim@posteo.de, 0221-94658008

Christina Krautwurst, christina.krautwurst@gew-nrw.de



INTERESSE AN DER MITARBEIT IM GESCHÄFTSFÜHRENDEN VORSTAND (GfV) DER GEW KÖLN?

Noch liegt es weit in der Zukunft, aber wir möchten euch bereits jetzt darauf aufmerksam machen, dass im ersten Quartal 2025 unser GfV neu gewählt wird!

WAS IST DER GfV UND WELCHE AUFGABEN NIMMT DIESER WAHR?

Der GfV in Köln wird gemäß unserer Satzung alle zwei Jahre neu gewählt. Er leitet die laufenden gewerkschaftspolitischen, organisatorischen und finanziellen Geschäfte des Stadtverbands. Er führt die ihm vom Erweiterten Vorstand übertragenen Aufgaben durch und ist dem Erweiterten Vorstand sowie der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig. Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus 11 gleichberechtigten Mitgliedern (gegebenenfalls Tandems), die ihre Aufgaben und Funktionen untereinander aufteilen.

WER KANN FÜR DEN GfV KANDIDIEREN UND WIE?

Jedes Kölner GEW-Mitglied, das satzungsgemäße Beiträge entrichtet, hat das Recht zu kandidieren. Kandidat*innen müssen ihre Kandidatur spätestens 4 Wochen vor der Wahlversammlung einreichen. Da bisher noch kein Termin für die Wahlversammlung feststeht, können wir euch leider noch keine Bewerbungsfrist nennen – wir möchten euch aber jetzt schon anregen, euch zu überlegen, ob ihr eventuell Lust habt, diese wichtige ehrenamtliche Funktion in der GEW Köln zu übernehmen! Die konkreten Daten und Fristen werden natürlich veröffentlicht, sobald diese feststehen.

Wenn du Fragen zur Mitarbeit und zur Kandidatur zum GfV hast, wende dich gerne an unsere Geschäftsstelle unter kontakt@gew-koeln.de! Es ist von Vorteil für die Arbeit der GEW, wenn sich die zentralen Arbeitsbereiche auch im Geschäftsführenden Vorstand widerspiegeln. Alle Fachgruppen, Ausschüsse und Arbeitskreise sind daher aufgefordert, über Kandidaturen zu beraten.

Aufruf

Am 1. September 1957 nahm der DGB den achten Jahrestag des deutschen Einmarschs in Polen (Beginn des Zweiten Weltkriegs) zum Anlass, um unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ gegen Militarisierung in Aktion zu treten. Seit 1966 wird dieser Gedenktag jährlich begangen.

In diesem Jahr wird es aus gegebenen traurigen Anlässen einen weiteren großen Antikriegstag geben, den 3. Oktober:

Unser ONLINE-KALENDER

Alle GEW-Termine im Überblick – leicht über unsere Homepage per Klick zu erreichen (gew-koeln.de)!



Bundesweite Friedensdemonstration

3. Oktober 2024
Berlin

Nein zu Krieg und Hochrüstung!
Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!

Es ist kurz vor 12 – Widerstand und Protest jetzt – Es liegt an uns!

Kommt massenhaft!

Sternmarsch mit drei Auftaktkundgebungen **ab 12.30**

Schlusskundgebung Großer Stern (Siegessäule) **14.30**

weitere Informationen: www.nie-wieder-krieg.org



Initiative Nie wieder Krieg - Die Waffen nieder!

Initiative Nie wieder Krieg - Die Waffen nieder!

Kriegsschauplatz (Hoch-)Schule?

Anfang des Jahres kündigte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Rande einer Klausur der CSU-Landtagsfraktion ein eigenes Bundeswehrgesetz für Bayern an, dessen Entwurf nur wenige Tage später das Kabinett verabschiedete. Trotz oder vielleicht auch gerade wegen seines brisanten Inhalts wurde er danach mit verkürzter Beratungszeit durch den Bayerischen Landtag gepeitscht und noch vor der parlamentarischen Sommerpause beschlossen. Die SPD signalisierte bereits während der Ausschussberatung ihre Zustimmung; die AfD enthielt sich, da ihr der Gesetzesentwurf nicht weit genug ging. Einzig die Abgeordneten von Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimmten dagegen. // von **Eduard Meusel** und **Christiane Fuchs**

Protest der GEW Bayern

Die GEW Bayern kündigte bereits im Vorfeld der Verabschiedung des Bundeswehrgesetzes an, rechtlich gegen das Gesetz vorgehen zu wollen und bereitet aktuell gemeinsam mit dem bayerischen Landesverband der DFG-VK und der ehemaligen bayerischen Landtagsabgeordneten sowie Anwältin Adelheid Rupp eine Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof vor.¹ Wir bitten unsere Mitglieder um finanzielle und namentliche Unterstützung. Die Stellungnahme der GEW Bayern im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses und die Petition gegen das Bundeswehrgesetz findet ihr hier: <https://t.ly/xSbth> und gew-bayern.de/themen/nein-zum-bundeswehrgesetz

Die Militarisierung Deutschlands nimmt immer stärkere Züge an: Erst kam der Bundesverteidigungsminister Pistorius (SPD) mit seiner „Kriegstüchtigkeit“, dann forderten die Bildungsministerinnen im Bund (Bettina Stark-Watzinger; FDP) und NRW, Dorothee Feller (CDU), Zivilschutzübungen im Klassenzimmer. Von einem „Sondervermögen“ i.H.v. 100 Milliarden Euro können die Bereiche Gesundheit und/oder Bildung nur träumen.

Das Bundesland Bayern setzt nun einen weiteren Markstein und beschließt (quasi im Eilverfahren) das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“. Wir haben Kontakt zur GEW in Bayern aufgenommen und konnten kompetente Kritiker*innen finden, die im Folgenden zu diesem Gesetz, dessen Bedeutung und den Aktivitäten dagegen Auskunft geben. Wir sollten die Kolleg*innen unterstützen, die von ihnen initiierte Petition unterschreiben (siehe Kasten!) und wachsam sein, was als nächstes hier bei uns in NRW dazu auf den Tisch kommt. // Die „forum“-Redaktion

Ganz im Sinne der von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine ausgerufenen „Zeitenwende“ treibt Bayern damit die Militarisierung der Gesellschaft weiter voran und begibt sich in einen Standortwettbewerb, um möglichst attraktive Bedingungen für die Bundeswehr vor Ort zu schaffen. Von dem neuen Gesetz betroffen sind neben anderen auch Hochschulen und Schulen.

Die Zusammenarbeit von Schulen mit sogenannten Jugendoffizier*innen soll künftig im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) gesetzlich festgeschrieben werden. Damit wird die Rolle der Bundeswehr bezüglich politischer Bildung an Schulen deutlich aufgewertet und gegenüber anderen außerschulischen Akteur*innen aus der (friedens-)politischen Bildungsarbeit privilegiert. Dabei ist die Bundeswehr keineswegs ein neutraler politischer Akteur. Wie die GEW Bayern in ihrer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf betont, führt der Einsatz von Jugendoffizier*innen in Klassenzimmern die im „Beutelsbacher Konsens“ festgelegten Grundsätze des Überwältigungsverbots und der Kontroversität in der politischen Bildung ad absurdum (vgl. Kasten). In einer Petition an den zuständigen Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales Eric Beißwenger (CSU) und die Mitglieder des Bayerischen Landtags kritisiert die Bildungsgewerkschaft außerdem, dass die Privilegierung von Jugendoffizier*innen gegen das staatliche Neutralitätsgebot verstöße. Kritisiert wird auch, dass Schüler*innen bzw. deren Erziehungsberechtigte künftig nicht mehr die Möglichkeit haben, sich aus Gewissensgründen von Bundeswehrveranstaltungen in der Schule abzumelden.

Außerdem sollen Karriereberater*innen der Bundeswehr sowie Vertreter*innen von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (z. B. Feuerwehr, Polizei, Verfassungsschutz oder Rettungsdienste) Zutritt zu Schulen erhalten, um dort Nachwuchs anwerben zu können. Schon heute rekrutiert die Bundeswehr – mit steigender Tendenz – Minderjährige, obwohl Kinderrechtsorganisationen seit Langem darauf pochen, das Rekrutierungsalter in Deutschland auf 18 Jahre anzuheben. Aktuell ist jede*r zehnte Rekrut*in in der Bundeswehr unter 18.² Mit der Öffnung der Schulen für Karriereberater*innen der Bundeswehr wird die Zahl minderjähriger Rekrut*innen wohl weiter steigen.

Kooperationszwang, Zivilklausel-Verbot und Verstoß gegen Wissenschaftsfreiheit

In den Hochschulen wird die Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung weiter aufgeweicht. Das bayerische Bundeswehrgesetz formuliert ein Gebot zur Zusammenarbeit von Hochschulen mit der Bundeswehr, das auf einen Kooperationszwang ausgeweitet werden kann, „wenn und soweit das Staatsministerium auf Antrag der Bundeswehr feststellt, dass dies im Interesse der nationalen Sicherheit erforderlich ist.“ Eine Definition, was genau unter einem solchen Interesse zu verstehen ist, fehlt und öffnet damit der Willkür staatlicher Anordnungen Tür und Tor. Darüber hinaus verbietet der Freistaat künftig sogenannte „Zivilklauseln“. Dies sind Selbstverpflichtungen, über die sich Hochschulen dazu bekennen, ausschließlich zu zivilen und friedlichen Zwecken zu forschen und zu lehren.

Mit den neuen Regelungen erweist sich das Bundeswehrgesetz aus verfassungsrechtlicher Sicht als höchst problematisch.

Aktuell ist jede*r zehnte Rekrut*in in der Bundeswehr unter 18.

Denn Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes garantiert die Freiheit der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre und erkennt damit den wissenschaftlichen Einrichtungen ein sehr umfassendes Selbstbestimmungsrecht zu. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen über das sogenannte Prinzip der „akademischen Selbstverwaltung“ über ihre Geschicke und ihre wissenschaftliche Ausrichtung selbst entscheiden. Wird ihnen nun qua Gesetz verboten, sich ausschließlich einer friedlichen Nutzung der Wissenschaft zu verschreiben, bedeutet das nicht nur einen erheblichen Einschnitt in die Grundrechte einzelner Wissenschaftler*innen, sondern sogar ganzer gesellschaftlicher Institutionen. Das kann durch das zum Zwang ausgeweitete Kooperationsgebot im schlimmsten Fall sogar dahin führen, dass einzelne Wissenschaftler*innen dazu verpflichtet werden, militärische Forschung zu betreiben – auch gegen ihren expliziten Willen oder ihre Weltanschauung. Das ist als Frontalangriff auf eine offene und demokratisch organisierte Gesellschaft zu werten.

Alles beim Alten?

Warum scheint der Bayerischen Staatsregierung gerade jetzt eine gesetzliche Neuregelung so notwendig? Ist es den bayerischen Hochschulen unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht möglich, militärische Forschung und Lehre zu betreiben? Dem ist mitnichten so. Denn obwohl es bundesweit derzeit rund 70 Hochschulen mit Zivilklauseln gibt, findet sich davon tatsächlich keine in Bayern. Den Hochschulen stünde es also sehr wohl frei, der Bundeswehr oder der Rüstungsindustrie zuzuarbeiten – zumal erst kürzlich durch das neue Bayerische Hochschulinnovationsgesetz die Verzahnung zwischen Hochschulen und der freien Wirtschaft nochmal deutlich ausgebaut wurde.

Mutmaßlich wird dies – wenngleich im Verdeckten – wohl auch getan, denn aktuelle Zahlen zum (finanziellen) Umfang militärischer Forschungsvorhaben sind ebenso wenig öffentlich einsehbar wie eine Übersicht über einzelne Forschungsprojekte. Oftmals wissen nicht einmal die Wissenschaftler*innen und Studierenden selbst, ob an ihren Instituten zu militärischen Zwecken geforscht wird. Nur selten schaffen es Meldungen oder gar Proteste gegen militärnahe Forschungen, wie die Sprengstoffforschung Thomas M. Klapötke, des Leiters der anorganischen Chemie an der LMU München, an die Öffentlichkeit.

Das ist gleich in mehrfacher Hinsicht problematisch. Nicht nur steht zu befürchten, dass angesichts der generellen Grundfinanzierungskrise im Hochschulsystem Geistes- und Sozialwissenschaften noch weiter als bisher zugunsten militärischer Forschung an Boden verlieren werden und um



Soldatenfriedhof mit Mohnblumen an den Kreuzen

ihre Existenz fürchten müssen. Militärische Forschung an zivilen staatlichen Hochschulen nutzt auch eine steuerfinanzierte Infrastruktur in Form von Räumlichkeiten, Personal und Gerätschaften. Der Großteil militärischer Forschungsgelder kommt zudem ebenfalls aus öffentlichen Kassen (z. B. aus dem Etat des Verteidigungsministeriums). Das bedeutet: Militärforschung an Hochschulen ist letztlich nichts weiter als eine Querfinanzierung oder verdeckte Subventionierung der privaten Rüstungsindustrie. Transparenz hinsichtlich der Verwendung öffentlicher (Steuer-)Mittel sieht anders aus. Kein Wunder also, wenn die Akzeptanz und Legitimität in unser Steuersystem mit diesem Gesetz noch weiter verloren ginge.

Statt die Wissenschaft zu zweifelhaften politischen Zielen und Zwecken zu missbrauchen, sollte die Politik diese vielmehr als das wahrnehmen, was sie ist – ein zentrales Instrument für den Erhalt und die Ausgestaltung einer diversen und offenen Gesellschaft und für ein friedvolles Miteinander. Statt auf noch mehr Waffen und Kriegstaktiken sollte sich die Politik auf die Friedens- und Konfliktforschung konzentrieren und sich das Wissen und die Strategien zur Überwindung von Konflikten aneignen.

Eduard Meusel ist Sprecher der bayer. GEW-Landesfachgruppe Hochschule und Forschung (HuF) sowie Sprachwissenschaftler an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Christiane Fuchs ist Historikerin und politische Geschäftsführerin des Bundesdemokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

¹ Weitere Infos dazu findet ihr auf der Homepage der GEW Bayern: gew-bayern.de/themen/nein-zum-bundeswehrgesetz

² Mehr minderjährige Rekruten. Mit 17 zur Bundeswehr. Tagesschau vom 31.3.2024; tagesschau.de

Ein Viertel aller Minderjährigen Soldat*innen wird in Bayern rekrutiert ...

Rede der GEW-Landesvorsitzenden Martina Borgendale, die sie bei der Demo am 5.7.2024 in München gehalten hat. Zur Verfügung gestellt wurde der Text von der // **GEW Bayern**



„Das Gesetz stellt einen populistischen Akt der Staatsregierung dar, der die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte sowie die Wissenschaftsfreiheit im bedenklichen Maße einschränkt.“

„Die Bundeswehr versucht sich als attraktiver Arbeitgeber darzustellen. So werden Schulen zu Rekrutierungsorten durch die Hintertür. Und das selbst bei minderjährigen Schüler*innen!“



Symbolbild Game Controller in Camouflage – Krieg ist aber kein virtuelles Spiel.

„Im vergangenen Jahr waren 10,6 Prozent aller neu eingestellten Soldat*innen unter 18 Jahre alt. Das stellt einen Rekord seit Beginn der Erfassung dar!“

Ich freue mich sehr, heute vor euch sprechen zu dürfen und mit euch protestieren zu können gegen das unsägliche geplante „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“. Getragen von der vom Bundeskanzler ausgerufenen „Zeitenwende“ stellt das Gesetz einen populistischen Akt der Staatsregierung dar, der die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte an den Schulen sowie die Wissenschaftsfreiheit an den Universitäten im bedenklichen Maße einschränkt.

Als Lehrerin hatte ich das Glück, in Nürnberg an einer städtischen Schule zu arbeiten. Der Stadtrat hatte einmal beschlossen, dass das Schulforum beschließen müsse, ob die Bundeswehr in die Schule kommt oder nicht. Und nicht wenige Schulen entschieden sich dagegen. Und auch an den staatlichen Schulen war es stets von der Lehrkraft abhängig, ob sie Jugendoffizier*innen einladen oder nicht. Nun den Besuch gesetzlich zu verordnen mit einer Festschreibung im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz hat eine ganz andere Note!

Wir bezweifeln, dass Jugendoffizier*innen ohne pädagogische Ausbildung die Richtigen für einen sicherheitspolitischen Exkurs im Sozialkundeunterricht sind. Es fehlt die im „Beutelsbacher Konsens“ explizit geforderte Gegenposition im Rahmen des „Gebotes der Kontroversität“. Organisationen der Friedensbewegung haben aber bei weitem nicht die personellen und finanziellen Möglichkeiten der Bundeswehr. Insofern wird dieser pädagogische Grundsatz durch das geplante „Kooperationsgebot“ ad absurdum geführt.

Wir brauchen im Gegenteil mehr echte politische Bildung an bayerischen Schulen. Im „5. Ranking politische Bildung“ der Uni Bielefeld war Bayern auch im Jahr 2022 wie-

der Schlusslicht. Selbst das zweitletzte Bundesland Thüringen bietet am Gymnasium doppelt so viele Stunden Sozialkunde an wie Bayern!

Zudem wird das Fach immer noch zu oft fachfremd unterrichtet. Hier muss der Freistaat endlich nachlegen. Und zwar nicht nur mit einem Feigenblatt wie der Verfassungsviertelstunde, die wieder fachfremd unterrichtet wird.

Voll ausgebildete Lehrkräfte können im Sozialkundeunterricht dann, pädagogisch sinnvoll und dem Beutelsbacher Konsens gemäß, sicherheitspolitische Themen sowie Kriegsursachen und die Folgen von Kriegen ausgewogen besprechen.

Wir meinen, dass sich die Bundeswehr mit den persönlichen Besuchen unter dem Vorwand gesellschaftspolitischer Information versucht als attraktiver Arbeitgeber darzustellen. So werden Schulen zu Rekrutierungsorten durch die Hintertür. Und das selbst bei minderjährigen Schüler*innen!

In Bayern gab es von Anfang 2022 bis Mitte 2023 über 160 Werbeeinsätze in Bildungseinrichtungen. Zusätzlich wirbt die Bundeswehr mit sogenannten „Karriere-trucks“ auf Jobmessen und sogar auf der Spielemesse „Gamescom“. Ob AUF dem Schulgelände oder außerhalb: Wir als GEW sind GEGEN solche Formen der Information, die in Wirklichkeit Werbung sind.

Wir sehen einen Zusammenhang zu den steigenden Zahlen junger Rekrut*innen, die im letzten Jahr laut Bundesverteidigungsministerium um rund 22,5 Prozent gestiegen ist. Seit fünf Jahren wird dabei jeweils ein Viertel aller minderjährigen Soldat*innen in Bayern rekrutiert!

Dabei widerspricht die Werbung und die damit verbundene Rekrutierung von Minderjährigen den Verpflichtungen der UN-

Kinderrechtskonvention. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und die Kinderkommission des Bundestages haben die Bundesregierung wiederholt aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben und alle Formen der auf Kinder ausgerichteten Werbung oder Vermarktung des Militärdienstes zu verbieten, insbesondere an Schulen;

Im vergangenen Jahr waren 10,6 Prozent aller neu eingestellten Soldat*innen unter 18 Jahre alt. Das stellt einen Rekord seit Beginn der Erfassung dar!

Deshalb fordert die GEW eine Anhebung des Rekrutierungsalters auf 18 Jahre sowie ein Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen, damit die Kinderrechte umfassend verwirklicht werden.

Der aktuelle sicherheitspolitische Kontext begründet nicht die im Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Änderungen im Bildungs- und Forschungsbereich. Zu groß sind die verfassungsrechtlichen Bedenken zur Freiheit von Forschung und Lehre und die pädagogischen Einwände gegen die Umsetzung.

Wir appellieren an den Bayerischen Ministerrat, das Vorhaben „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ in der vorliegenden Form zu verwerfen und Ansätze der stärkeren Militarisierung von Bildungseinrichtungen nicht weiter zu verfolgen.

Wir erwarten, dass sich mit unseren Argumenten gegen das Gesetzesvorhaben sachlich auseinandergesetzt wird. Für den Fall einer klanglosen Beschlussfassung des Gesetzesvorhabens prüfen wir eine Eingabe über den Petitionsausschuss und prüfen zusammen mit der Rechtsanwältin und ehemaligen Landtagsabgeordneten Adelheid Rupp den Klageweg.

Neues zur Kampagne von GEW Bayern und DFG-VK sowie zur angekündigten Klage findet sich ab Oktober auf der Informationsseite:

www.gew-bayern.de/bundeswehrgesetz



Eine ausführliche Argumentation gegen das Gesetz haben wir im Rahmen der Verbändeanhörung im Gesetzgebungsverfahren hier aufgelistet:

<https://www.gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/zum-gesetzesentwurf-zur-foerderung-der-bundeswehr-in-bayern>



Mittlerweile hat sich auch der BayStuRa positioniert:

<https://baystura.de/2024/07/21/position-gegen-das-gesetz-zur-foerderung-der-bundeswehr-in-bayern/>



Den Krieg verlernen – Vermächtnis einer Pazifistin

Rezension des gleichnamigen Buchs durch // **Peter Heim, Mitglied im Leitungsteam der Kölner GEW-Arbeitsgruppe Frieden & Internationales**



Den Krieg verlernen Zum Vermächtnis einer Pazifistin | Eine Flugschrift
120 Seiten | 2024 | EUR 12.00 VSA-Verlag

Plötzlich näherte sich auf dem Nebengleis ein riesiger Geleitzug, vollbeladen mit Panzern – mit Mardern, Geparden oder Leoparden. Ich kann das nicht unterscheiden, aber ich konnte geschockt das Bild lesen. Der Transport fuhr von West nach Ost.“

Antje Vollmer, Bundestagsvizepräsidentin von 1994 bis 2005, Christin, Pazifistin, grünes Urgestein, steht nach Kriegsbeginn auf dem Bahnhof ihrer Heimatstadt. Und stellt sich dabei auch das Gegenbild vor, irgendwo im Osten: Militärtransporter mit russischen Panzern von Ost nach West.

Mit dieser Erfahrung beginnt ihr „Vermächtnis“, erschienen am 23. Februar 2023 in der Berliner Zeitung, nachdem mehrere überregionale Zeitungen den Abdruck abgelehnt hatten. Denn sie hatte, wie ihr Sohn Johann berichtet, eine Bedingung: „Es wird kein Wort geändert, es wird kein Wort gekürzt.“ Am 5.3.2023 erlag sie ihrer Krebserkrankung.

Bis kurz vor ihrem Tod traf sie sich in regelmäßigen Abständen im kleinen Kreis der Gruppe „Neubeginn“ in ihrer Charlottenburger Wohnung, um sich als Pazifistin über die Weltlage auszutauschen, sie zu analysieren. Zu ihrer Haltung sagte sie in einem Gespräch mit einer Grünen-MdB, fast 50 Jahre jünger als sie, so gegensätzlich zu ihren Gedanken (SZ 13.5.22): „Pazifisten fragen sich immer: Wo droht die Welt auseinanderzureißen? Wo kann man auf beiden Seiten de-eskalieren?“. Ihre grüne Partei sah sie in diesem Interview auf dem Weg zu einem „Menschenrechtsbellizismus“.

Der vorliegende gut über 100 Seiten umfassende Band ist eine Fundgrube an Anregungen und Analysen. Er besteht aus teils sehr kompakten, maximal zehn Seiten langen Texten, die mit Quellenangaben versehen sind. Die Autor*innen sind aus der Gruppe „Neubeginn“: Peter Brandt, Marco Bülow, Gabriele Zimmer, Michael Brie, Daniela Dahn, Dieter Klein u.a. Besonders erhellend ist der Beitrag von Alexander Rahr,

Osteuropa-Historiker, zu den Treffen der Gruppe „Neubeginn“ nach dem Einmarsch Russlands und den Beiträgen Antje Vollmers zum Thema.

Auch der Schriftsteller Ingo Schulze und der Musiker Hans-Eckardt Wenzel tragen Texte bei. Letzterer schreibt im „Abschied“ u.a.: „Kein Abschiedslied im Mund. Der Krieg gab uns den Ton an.“

Johannes Vollmer fasste das eher hoffnungsvolle Vermächtnis seiner Mutter so zusammen: „Bleibt mutig. Bleibt zuversichtlich. Redet, wo niemand reden will. Glaub an den Dialog. Er ist der einzige Weg.“ Denn: „Frieden schließe man mit Feinden, nicht mit Freunden“.

Quellen:

13.5.22 SZ : <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-gruene-waffenlieferungen-pazifismus-1.5584148>

16.3.23 SZ : <https://www.sueddeutsche.de/politik/tod-antje-vollmer-gruene-1.5770303>

26.3.23 SZ : <https://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-vollmer-gruene-pazifismus-1.5753116>



Sauer, Bernhard: „Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?“ Zeitgeschichtliche Forschungen (ZGF), Band 66, 2023. 188 S. Bestellbar (auch als ebook) für 49,90€ unter: https://www.duncker-humblot.de/buch/der-erste-weltkrieg-ein-verteidigungskrieg-9783428188918/?page_id=1

Warum erweckt der Titel des Buchs den Eindruck, man müsse sich allen Ernstes mit der Frage beschäftigen, ob Selbstverteidigung der Grund war, um zwischen Juli 1914 und November 1918 das Leben von rund 20 Millionen Menschen zu beenden?

Der Titel des Ende letzten Jahres beim Wissenschaftsverlag Duncker & Humblot erschienenen Buchs „Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?“ kann nur als Suggestivfrage verstanden werden. Das aber macht neugierig! Denn welche Positionen sollte es (heute noch) geben, die den ersten industriell geführten Krieg der Geschichte als Akt der Verteidigung bezeichnen könnten?

Mit welchen Argumenten wird sich der Autor befassen, wenn er schon mit der Wahl seines Buchtitels den Eindruck erweckt, man müsse sich allen Ernstes mit der Frage beschäftigen, ob Selbstverteidigung der Grund war, um zwischen dem 28. Juli 1914 und dem 11. November 1918 das Leben von weit über zehn Millionen uniformierten und mehr als sieben Millionen nicht-uniformierten Menschen gewaltsam zu beenden? Nach vier Jahren Stellungskrieg, Gaskrieg, Panzerkrieg galten über 20 Millionen Menschen als „Kriegsversehrte“, „Invaliden“, „Kriegsbeschädigte“ oder „Krüppel“. Allein für Deutschland wird von beinahe 2,7 Millionen physisch und psychisch versehrten Kriegsteilnehmenden gesprochen.

Krieg ist die Fortsetzung mörderischer Politik mit mörderischen Mitteln!

Was aber muss das für eine Politik sein, die mit derartiger Verachtung gegenüber menschlichem Leben fortgesetzt wird? – Rezension des Buchs „Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?“ von Dr. Bernhard Sauer durch // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Dezidiertes Blick auf den Weg in den Krieg

1832 schrieb der Militärtheoretiker Carl v. Clausewitz: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ („Vom Kriege“, 1. Buch, 1. Kapitel, Unterkapitel 24). Wendet man diese These auf den Ersten Weltkrieg an, so stellt sich die Frage, was das um die vorletzte Jahrhundertwende für eine Politik gewesen sein muss, die eine so abscheuliche Fortsetzung auf dem Schlachtfeld nach sich gezogen hat. Kann es tatsächlich um Verteidigung gegangen sein? Die direkte Antwort darauf lautet: Ja, es ging um Verteidigung. Und zwar um die Verteidigung der nationalen ökonomisch-politischen Interessen der Großmächte, was zwangsläufig zu einem Konflikt führen musste, da diese Interessen jeweils auf Expansion, Ausbeutung von Arbeitsmärkten sowie von Rohstoffen ausgerichtet waren.

Im ersten Kapitel seines Buchs befasst Bernhard Sauer sich mit der Julikrise, die auf das Attentat folgte, welches am 28. Juni 1914 auf den österreichischen Thronfolger und seine Ehefrau verübt worden war. Der Autor geht der Frage nach, was letztlich zum



Kann man aus der Geschichte lernen? Gedenktafel im Park der Villa Zanders, Bergisch Gladbach; Foto: G. Schönian

Warum sollten wir uns mit dem Ersten Weltkrieg befassen? – Weil wir verstehen müssen, wie eine mächtige und über Ländergrenzen hinweggehende Friedensbewegung entgegen allen nationalistischen Drucks aufgebaut und aufrechterhalten werden kann!

Kriegsausbruch geführt hat. Wie konnte es sein, so Sauer, dass „der Tod eines Mannes und einer Frau in Sarajevo [...] zum Tod von Millionen geführt“ hat?

Ist das Deutsche Reich und dann die ganze Welt in den Krieg „hineingestolpert“, wie an anderer Stelle (nicht bei Sauer!) allzu oft behauptet wird? Ging es also um diplomatisches Feingefühl, das an entscheidender Stelle gefehlt hätte? Zum Anlass für den Ersten Weltkrieg, der auch als Weltenbrand bezeichnet wird, wurde das Attentat durch einen serbischen Nationalisten genommen. Aber die Ursachen reichen viel weiter zurück – und sind in erschreckendem Maße mit der heute (wieder) aktuellen Gemengelage vergleichbar!

Ernstzunehmende Menschen zu finden, die die Frage, ob es sich beim Ersten Weltkrieg aus Sicht des Deutschen Reichs um einen Verteidigungskampf gehandelt hat, sollte schwierig sein. Selbst im rechten und rechts-konservativen Milieu kann niemand unwidersprochen behaupten, das Kaiserreich habe sich gegen eine Aggression von außen zur Wehr setzen müssen. Die Generalmobilmachung des Russischen Zarenreichs, dem man in Deutschland Angriffspläne gegen das Kaiserreich unterstellte, folgte erst, nachdem Österreich-Ungarn sich der Bündnistreue Deutschlands versichert, Serbien den Krieg erklärt und Bomben auf Belgrad hatte abwerfen lassen. Das stellt Sauer unter Angabe zahlreicher Quellen sehr fundiert dar.

Zur Frage des Menschenbilds

Anders sieht es hingegen aus, wenn man nationale Empfindungen mit ins Spiel nimmt sowie die ökonomische Entwicklung zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Zu Punkt eins ist zu sagen, dass die Idee vom „Lebensraum im Osten“, die knapp 20 Jahre nach Ende des Ersten auch als Begründung für den Zweiten Weltkrieg ins Feld geführt wurde, von völkischer Seite schon weit vor dem Waffengang von 1914 als Argument angebracht worden ist: für Aggression und nicht für defensive Diplomatie. Die Formel, die man aufstellte, lautete: großes Volk in zu kleinem Reich erfordert mehr Raum zum Leben. Dieser sollte im Osten zu finden sein. Da die slawischen Völker dem damals in rechten Kreisen üblichen Rassismus folgend als minderwertig betrachtet wurden, sollten sie es sein, deren körperliche Arbeit vom demnach höherwertigen Deutschen ausgebeutet werden müsste.

Hierzu liefert Bernhard Sauer ein dezidiertes Bild von den facettenreichen Positionen der damaligen Zeit: Es gab den 1891 gegründeten „Alldeutschen Verband“, der bis 1939 bestand (sic!) und für Pan-Germanismus, Expansion, Militarismus, Antisemitismus und rassistische Denkweisen stand. Zu den Ehrenmitgliedern dieses völkischen Zusammenschlusses zählten der extreme Rassist und Kolonialist, Carl Peters („Der Neger ist der geborene Sklave, dem ein Despot nötig ist wie dem Opiumraucher die Pfeife...“), sowie kein geringerer als der auch heute noch viel gerühmte Reichskanzler Bismarck („Haut doch die Polen, dass sie am Leben verzagen; ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage, aber wir können, wenn wir bestehn wollen, nichts andres tun, als sie ausrotten.“).

Dann war da der „Deutsche Flottenverein“ von 1898, der mit seinen rd. eine Million Einzelmitgliedern (1908) politischen Druck für den Ausbau der deutschen Seestreitkräfte ausübte. Der „Deutsche Wehrverein“ wurde 1912 mit dem Ziel gegründet, die deutsche Bevölkerung von der Notwendigkeit einer wesentlich stärkeren Heeresrüstung zu überzeugen. Oskar Jäger, dem zu Ehren die Straße mit gleichnamiger Haltestelle in Köln-Lindenthal benannt ist, war Mitglied der 1887 gegründeten „Deutschen Kolonialgesellschaft“. Weiterhin existierten der „Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ von 1886, der „Reichsverband gegen die Sozial-

demokratie“ von 1904, der rassistisch-antiseemitische „Deutschbund“ von 1894 und weitere angeschlossene Strukturen. Heute würde man bei all diesen Gruppierungen wohl von rechts-nationalem Lobbyismus sprechen, der auf parteipolitischer Ebene u.a. mit der „Deutschen Vaterlandspartei“ seine Entsprechung hatte.

Erster Vorsitzender der DVLP war Großadmiral von Tirpitz. Sein Stellvertreter hieß Wolfgang Kapp, der 1920 zum Namensgeber des aufgrund eines Generalstreiks der Gewerkschaften erfolglos gebliebenen Kapp-Lüttwitz-Putsches gegen die Weimarer Demokratie wurde. Der Partei gehörten zahlreiche führende Industrielle, Großgrundbesitzer und Wirtschaftsverbandsfunktionäre wie Wilhelm v. Siemens, Carl Duisberg, Ernst v. Borsig, Hugo Stinnes, Alfred Hugenberg und weitere an.

Sämtliche dieser Organisationen waren kaum auf Verteidigung als vielmehr darauf aus, dass das Deutsche Reich seinen „rechtmäßigen Platz“ in der Welt erlangen solle.

War is (and always was) big business!

Was aber ist mit Punkt zwei, den ökonomischen Gründen, ohne die wohl kein Krieg auskommt? Das Deutsche Reich befand sich sozusagen noch in der Phase der Konsolidierung, als die anderen europäischen Großmächte die Welt längst unter sich aufgeteilt hatten. Der Sieg des Norddeutschen Bundes unter der Führung des Bismarck'schen Preußen über Frankreich lag 1914 erst 43 Jahre zurück und hatte der deutschen Seite französische Reparationszahlungen i.H.v. fünf Milliarden Goldfranc (1450 Tonnen Goldfranc zahlbar in drei Jahren) eingebracht. Hinzu kam u.a. die Annektion des „Reichland Elsaß-Lothringen“ mit dem wirtschaftlich äußerst lukrativen lothringischen Kohlebecken.

Mit der Politik des „Neuen Kurs“ verfolgte das Deutsche Reich nach der Entlassung Bismarcks (1890) das Ziel, wie Großbritannien und Frankreich zur kolonialen Großmacht zu werden. Von Verteidigung kann auch deswegen keine Rede sein, weil 1898 unter Federführung von Alfred v. Tirpitz (damals Leiter des Reichsmarineamts) das erste und im Juni 1900 das zweite Flottengesetz verabschiedet wurde. Zur Finan-

zierung der Aufrüstung führte man 1902 die Schaumweinsteuer in Deutschland ein. Ziel war es, den Flottenbau über die Aufgaben des Küstenschutzes und der Sicherung von Handelswegen hinaus auszubauen und zwei Drittel der See-Stärke Großbritanniens zu erlangen. Das Russische Zarenreich verfolgte ab 1912 ebenfalls ein ambitioniertes maritimes Rüstungsprogramm. Was boomte, war die Rüstungsindustrie.

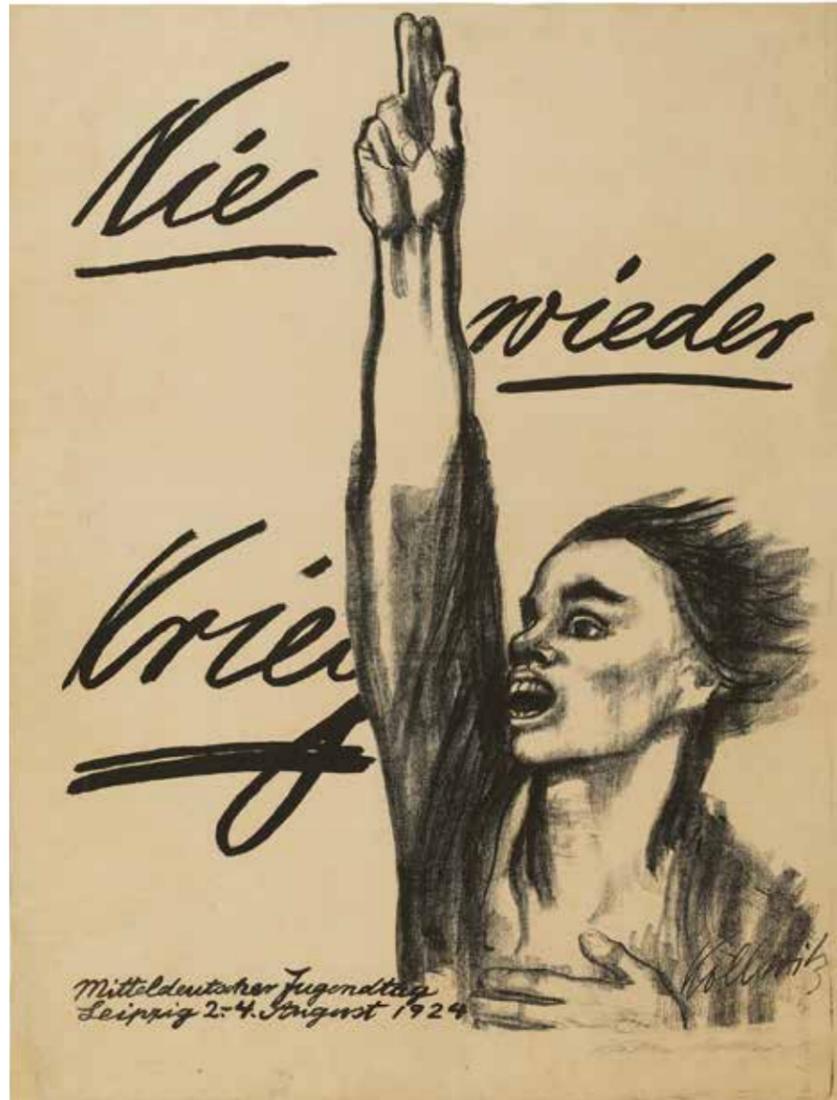
Bernhard Sauer zieht zu diesem Aspekt Wilhelm II. heran, der am 6. Juli 1914 „dem Industriellen Krupp bei einer Besprechung in Kiel versichert[e]: »Diesmal falle ich nicht um!«“. Damit meinte er, im Gegensatz zur Marokko-Krise des Jahres 1905/-06, die sich 1911 wiederholen sollte, nun aber wirklich entschlossen in den Krieg ziehen zu wollen. Im Gegensatz zum Reichskanzler, der 1914 Bethmann-Hollweg hieß, gab es „Kräfte, die sehr wohl wussten, was sie wollten, deren Handeln zielgerichtet war“. Sauer benennt sie als „große Teile des Militärs, die Alldeut-

schen mit ihren Gliederungen und die hinter den Alldeutschen stehende Schwerindustrie“. „Der Alldeutsche Verband und die Schwerindustrie hatten sogar schon vor Ausbruch des Krieges weitreichende Eroberungen gefordert, die notfalls auch mit Mitteln des Krieges verwirklicht werden sollten.“

Das „Septemberprogramm“, in dem unmittelbar nach Kriegsbeginn die deutschen Kriegsziele der Regierung formuliert wurden, bezeichnet Sauer als Sammlung von „Forderungen von unterschiedlichen Seiten“. Der Centralverband Deutscher Industrieller fand sich dort mit der Forderung nach „Verbreiterung der deutschen Rohstoffbasis“ ebenso wieder wie der „führende Saar-Industrielle Röchling“, der die „möglichst weitgehende Annexion des Erzbeckens von Longwy-Briey“ wünschte. In einer von Sauer zahlreichen äußerst umfangreichen Fußnoten findet sich der Hinweis auf das 1912 erschienene Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ eines Militärschriftstellers

Die „Julikrise 1914“

28. Juni	Attentat von Sarajevo
6. Juli	Dt. Reich stellt der Habsburger Monarchie „Blankoscheck“ für weitere Schritte aus
23. Juli	(in weiten Teilen unannehmbares) Ultimatum Wiens gegenüber Serbien
25. Juli	weitgehende Zugeständnisse Belgrads fünf Minuten vor Ablauf des Ultimatums
28. Juli	dennoch Kriegserklärung Österreich-Ungarns gegen Serbien
29. Juli	Beschuss Belgrads
30. Juli	Befehl zur Generalmobilmachung im Russ. Zarenreich (verbündet mit Serbien)
1. August	Dt. Kaiser unterzeichnet Kriegserklärung gegen Zar Nikolaus II. (seinen Cousin)
3. August	Auch Frankreich wird der Krieg erklärt
4. August	völkerrechtswidriger Überfall des Dt. Reichs auf das neutrale Belgien; ergo ...
4. August	König Georg III. (Cousin von Wilhelm II.) lässt Deutschland den Krieg erklären
14. November	Kriegseintritt des Osman. Reichs an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns



Käthe Kollwitz: Plakat „Nie wieder Krieg“, 1924; Kreide- und Pinsellithographie (Umdruck), Kn 205 III b (gemeinfrei; mit freundlicher Unterstützung des Käthe-Kollwitz-Museum Köln)

namens Bernardi. Dieser habe ganz im Sinne des Alldeutschen Verbandes geschrieben, dessen Mitglied er auch war. Darin hieß es u.a.: „Es gibt zwischen Staaten, die einen friedlichen Ausgleich entgegengesetzter Interessen nicht zuwege bringen, überhaupt keinen anderen Kraftmesser als den Krieg [...]«“.

Sauer beschließt sein drittes Kapitel „Kriegsziele des Deutschen Kaiserreichs“, in dem er sich mit dem Septemberprogramm der Regierung, einer großen Auswahl an einflussnehmenden Elementen an diesem Programm sowie den Zielen, die die Alldeutschen vertraten, befasst, mit der nüchternen Feststellung: „Bethmann-Hollweg hat aber sicherlich auch deshalb eine öffentlich geführte Debatte über die Kriegsziele abgelehnt, weil [dadurch] die Propaganda von der russischen Bedrohung und vom Vernichtungskrieg entlarvt“ worden wäre.

Ursache des Ersten Weltkriegs war also die zunehmende Konkurrenz unter den Großmächten. Lediglich als Anlass diente das Sarajevoer Attentat und „ausbaden“ mussten den Krieg Millionen unschuldiger bzw. nationalistisch-fehlgeleiteter Menschen. Hingegen auf Paul v. Hindenburg geht der Ausspruch zurück: „Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur“ (1914). Wie diese „Badekur“ im einzelnen aussah, ist im vierten Kapitel „Der Kriegsverlauf“ nachzulesen. Unvermeidlich für die Beschäftigung mit dem „Weltenbrand“ ist der Blick auf die Grausamkeiten, die in Verdun, an der Somme und im ersten U-Boot-Krieg der Menschheitsgeschichte angerichtet worden sind. Enden lässt Sauer dieses Kapitel mit dem Blick auf eine Resolution, die nach seiner Einschätzung als Hauptzweck hatte, die SPD weiter zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen zu bringen.

„Vaterlandslose Gesellen“ – oder staatstragende Kriegsbefürworter*innen?

Der gar nicht hoch genug anzusetzende Wert des Buchs des Berliner Historikers und GEW-Mitglieds Bernhard Sauer über den Ersten Weltkrieg besteht meines Erachtens nicht nur in der akribischen Quellenarbeit und dem offenkundig kriegs-verneinenden Zungenschlag, mit dem er schreibt. Er lässt sich vor allem mit dem fünften Kapitel seines Werks begründen, das die Überschrift trägt: „Die SPD und der Krieg“.

Hier wird eindrucksvoll widerlegt, dass der Sommer des Jahres 1914 ausschließlich von Volkstümelei und Kriegsbegeisterung gekennzeichnet gewesen wäre. Im Gegenteil zieht Sauer Quellen heran, mit denen die weit verbreitete Anti-Kriegs-Stimmung zu Beginn des

20. Jahrhunderts belegt und spürbar wird. So sei „der Beschluss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion (den Kriegskrediten zuzustimmen) eine der folgenschwersten Entscheidungen in der deutschen Geschichte“ gewesen, die laut Sauer sogar die Spaltung der Arbeiterbewegung markiert („Anfang 1916 entzog die Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Reichstag Liebknecht die Rechte eines Fraktionsmitglieds. Sie wollten ihn isolieren, erreichten aber das Gegenteil [...]“). Dass die SPD-Fraktion am 4. August 1914 nicht gegen den Einmarsch Deutschlands in (das neutrale!) Belgien protestierte, sondern sich erstmals für den Krieg positionierte, hielt „Lenin für eine gezielte Falschmeldung“. „Unglaublich!“, titelte das Organ der niederländischen Sozialdemokratie. In Deutschland selbst sprach „Konrad Haensch von der rechten SPD-Fraktion [...] von einem »historischen Frontwechsel«“.

„Noch vor wenigen Tagen hatten auf Initiative der SPD 500.000 bis 750.000 Menschen sich an Antikriegsdemonstrationen beteiligt. Und nun feierte die SPD-Mehrheitsfraktion im Reichstag den Krieg als nationales Einheitsereignis.“ Sauer nennt dies eine „erstaunliche Entwicklung“. Man könnte kurz zusammenfassen, dass die Parteigenossen, die über Jahre hinweg der parlamentarischen Realität ausgesetzt waren, sich am Tag, an dem es um die Frage von Krieg und Frieden ging, für das aus ihrer Sicht Realistische entschieden haben. Und wer staatstragend sein wollte, durfte zu dem Zeitpunkt nicht für Leben und Frieden stimmen, sondern musste sich für Krieg und das Reich entscheiden. Plötzlich war für die Reichstagsabgeordneten der SPD vollkommen egal, dass eine Woche zuvor noch „Hunderttausende gegen die drohende Kriegsgefahr“ auf die Straße gegangen waren. Sauer schreibt, dass zwischen

dem 26. und 31. Juli 1914 mindestens 288 Antikriegsversammlungen in 163 Städten und Gemeinden“ stattfanden.

Diesen Widerspruch zwischen den auf internationale Vergeschwisterung der Arbeitnehmer*innen in allen Ländern ausgerichteten Parteigrundsätzen und dem urplötzlichen Umschwenken der SPD-Fraktion im Reichstag auf deutsche Regierungslinie beschrieb Sauer als Zerreißprobe, die die Sozialdemokratie nicht bestehen sollte. Und der Krieg beschleunigte diesen Prozess, wie Sauer erklärte, aufgrund „[...] der drakonischen Zwangsmaßnahmen seitens der Regierung, aber auch des SPD-Parteivorstandes, der versuchte, die Opposition mundtot zu machen.“ Derweil litt die Masse der eigenen Parteimitglieder auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben. Ihre Familien waren in ständiger Angst um Leib und Leben der so sehnlich Vermissten.

Wer einen Krieg beendet...

Die ersten Proteste auf betrieblicher Ebene begannen schon kurz nach Kriegsbeginn und sollten im weiteren Verlauf an Qualität und Quantität immer weiter zunehmen. Sauer beschreibt dies ganz konkret: „Im Januar 1918 kam es zu einem großen Streik. Über eine Million Rüstungsarbeiter und -innen legten in den Industriestädten des Kaiserreichs die Arbeit nieder. Dies war ein zentrales Ereignis des Ersten Weltkrieges – der Auftakt zur Novemberrevolution.“ Und dass die Abscheu gegen den Krieg zum Katalysator für weit mehr wurde, belegt der Autor ebenfalls: „Die Ziele des Streiks waren politisch: Beendigung des Krieges und Sturz der herrschenden, mit dem Krieg verbundenen Ordnung“

Als am Ende desselben Monats dann schließlich auch die sogenannte SPD-Mehrheit (MSPD) um Ebert und Scheidemann erkannten, sich gegen den Willen der in Aktion tretenden Beschäftigten nicht mehr stemmen zu können, ließen sie sich in die Streikleitung wählen. Dort wirkten sie als Bremser, die, so Sauer, „die Streikbewegung [...] in geordneten Bahnen“ halten wollten. Philipp Scheidemann von der MSPD erklärte in der Reichstagsdebatte, „dass die Arbeiter nur gestreikt hätten, weil sie wussten, dass die Landesverteidigung dadurch nicht gefährdet sei. Allein die USPD bekannte sich eindeutig zum Streik [und] erklärte, dass es inzwischen eindeutig sei, dass dieser Krieg kein Verteidigungskrieg mehr sei.“ Und gegen einen imperialistischen Eroberungskrieg zu protestieren, hätten die Arbeiter alles Recht“, so Hugo Haase, der ehemalige SPD- und dann USPD-Vorsitzende.

Den Schlussstrich zogen dann die Angehörigen der Marine, die sich dem Befehl des erneuten Auslaufens gegen Großbritannien widersetzen und damit die Revolution anstießen. Am Ende standen die Einführung der parlamentarischen Demokratie, die Abschaffung von Monarchie und Drei-Klassen-Wahlrecht, die Einführung des Frauen-Wahlrechts, das Betriebsverfassungsgesetz und und und.

Kontrapunkt am Ende seines Buchs und Fazit

Einen Kontrapunkt setzt Sauer mit dem siebten und vorletzten Kapitel seines Buchs („Hitler und der Erste Weltkrieg“), in dem der Historiker sich tatsächlich ganz auf die Person Hitler kapriziert, diese aber nicht – wie bei anderen Autor*innen viel zu oft – als eine Art Krankheit dargestellt, die über Deutschland kam, sondern sie in Abhängigkeit der historischen Entwicklungen geradezu beispielhaft für eine ganze Gesellschaftsschicht in den Blick nimmt.

Sauers Buch zum Ersten Weltkrieg ist nicht nur Historiker*innen und geschichtlich Interessierten wärmstens zu empfehlen, sondern all denjenigen Menschen, die sich mit der Frage befassen, warum es zu Kriegen kommt, was man dagegen tun kann und welche Fehler es unbedingt zu vermeiden gilt. Es ist leicht verständlich geschrieben, motiviert zur näheren Beschäftigung mit den „bekannten Köpfen“ ebenso wie mit dem Thema der Legitimation von ganze Völker umfassenden Beschlüssen. Letztlich geht es um den Demokratie-Komplex; um die Frage, welche Mittel vorhanden und effektiv sind, um Kriege zu vermeiden oder sie zumindest schnellstmöglich wieder zu beenden!

Die Rolle der Sozialdemokratie

Die SPD als potentiell den Krieg verhindernde Kraft, reiht sich – für alle Welt völlig überraschend – in den Reigen der national Gesinnten ein:

Am 25. 7. 1914 bestätigte der SPD-Parteivorstand erneut die bis dato klare Linie: „Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“

Nur eine Woche darauf, am 4. 8. 1914, stand dann die SPD-Reichstagsfraktion sozusagen „Gewehr bei Fuß“ und verkündete anlässlich der Abstimmung über die Kriegskredite: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“

Geschäftsführender Vorstand (GfV) der Kölner GEW für internationale Friedenskonferenz der Gewerkschaften

Im Rahmen der letzten GfV-Sitzung vor den Sommerferien hat der GfV über einen Antrag diskutiert und diesen am Ende einstimmig beschlossen, mit dem der Schulterchluss zu unseren Schwestergewerkschaften in den Nachbarländern gesucht wird // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

ANTRAGSTEXT:

Dringende Bitte an die Vorstände der GEW NRW zur Weiterleitung an den GEW-Hauptvorstand und den DGB-Bundesvorstand

Wir wünschen uns ein starkes Zeichen gegen Krieg, Kriegsertüchtigung und die Militarisierung der Gesellschaft. Deshalb bitten wir die Vorstände der GEW und des DGB, in Kooperation mit unseren DGB-Schwestergewerkschaften und Gewerkschaftsgliederungen aus dem benachbarten Ausland (NL, B, F), eine große Friedensveranstaltung mit internationaler Beteiligung zu organisieren.

Wir stellen uns ein Wochenende vor, das sowohl eine Podiumsveranstaltung mit internationalen prominenten Gästen aus der (weiteren) Gewerkschaftsbewegung umfasst als auch in einer Großdemonstration gegen die zunehmende Kriegsrhetorik und gegen völkerrechtswidrige Angriffskriege mündet.

Begründung:

Wir haben Angst, dass das Mittel der Diplomatie mehr und mehr in den Hintergrund rückt und uns eine direkte Kriegsbeteiligung bevorsteht.

Dass die Bildungsministerinnen im Bund und in NRW nun „Zivilschutzübungen“ in Schulen das Wort reden, betrachten wir als Versuch, die Gesellschaft auf kriegerische Auseinandersetzungen vorzubereiten.

Wir wollen nicht Teil dieser „Logik“ werden und stehen fest auf dem Standpunkt: Frieden ist der beste Zivilschutz.

Wir brauchen endlich einen Kontrapunkt: Statt auf nationaler Ebene über Verteidigung mit militärischen Mitteln zu sprechen, muss endlich auf internationaler Ebene über die Beendigung von Kriegen und Friedenserhaltung gesprochen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung muss hier eine verbindende Rolle übernehmen. Wir haben in sehr vielen Ländern Schwestergewerkschaften, die die Menschen organisieren, welche am Ende Schüler:innen in Zivilschutz üben, Waffen produzieren, sie transportieren und am Ende gar einsetzen sollen. Den Gewerkschaften kommt somit eine potentiell friedenserhaltende Rolle zu, wenn sie sich standfest gegen Kriegsertüchtigung und für Friedenserhaltung einsetzen.

Eine wie oben beschriebene Veranstaltung kann ein wichtiges und nachhaltiges Zeichen für Frieden setzen, das über nationale Grenzen hinweg hör- und sehbar wird.

Tarifrunde.
Ideen gesucht.
Werkzeuge
vorhanden.



The NEW GEW

Ideen für zukünftige Tarifikämpfe auf dem Weg zu einer lebendigen Tarif- und Bildungsgewerkschaft. Ein Kommentar anlässlich der bevorstehende Tarifrunde zum TVÖD von // **Stefan Schüller-Breu, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Im öffentlichen Dienst stehen Anfang 2025 die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Bund und in den Kommunen an (TVÖD-Tarifrunde). Die TVÖD-Tarifrunde gilt gemeinhin als „Leitwährung“ für Tarifrunden im öffentlichen Dienst. So orientieren sich die Abschlüsse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesländer (TVL-Tarifrunde) und die Besoldungserhöhungen der verbeamteten Staatsdiener*innen an denen in den vorausgehenden TVÖD-Tarifrunden. Das letzte TVL-Tariferggebnis war quasi sogar eine Kopie des Abschlusses im TVÖD.

Umso offensichtlicher die branchenübergreifende Bedeutung der TVÖD-Tarifrunde für die Arbeitnehmer*innen zu sein scheint, umso unverständlicher ist leider die mangelnde Aufmerksamkeit, die diese Tarifrunde in unserer GEWerkchaft zu teil bekommt. Dies gilt es zu ändern. Hierzu ein paar mit an äußerster Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zu einem unendlichen Ende gedachte Gedanken.

Mehr Partizipation wagen

Tarifrunden bedürfen einer gewissen Vorbereitung, hier gilt es von anderen Schwestergewerkschaften zu lernen. Verdi beispielsweise informiert bereits seit längerer Zeit die Mitglieder über die anstehende Tarifrunde und befragt überdies die Mitglieder auch

zu möglichen Forderungen. Es ist mit einem modernen Verständnis von Gewerkschaftsarbeit nicht zu vereinbaren, den Mitgliedern unserer GEWerkchaft mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten – auch jenseits von GEWerkchaftstagen - vorzuenthalten.

Gerade vor, während und nach Tarifverhandlungen bzw. potenziellen Arbeitskämpfen müssen wir als GEWerkchaft das vorleben, was wir selber auch von der Politik und den Arbeitgebern fordern: Die Demokratisierung der ökonomischen Welt bedeutet eben nicht nur, sich für die Stärkung von Betriebsräten und Arbeitnehmerrechten einzusetzen, sondern auch die Partizipation der Mitglieder innerhalb der GEW selber voranzubringen.

Am Beispiel von Tarifrunden muss das bedeuten, dass auch GEW-Mitglieder zeitnah vor einer Tarifrunde in Tarifkonferenzen und per liquid democracy-Tools zu möglichen Forderungen befragt werden. Aber auch während der heißen Streikphase müssen die Mitglieder mehr eingebunden werden. Dies kann während einer Streikveranstaltung beispielsweise durch Offene Mikrofone geschehen, aber auch im Vorfeld durch mehr Durchlässigkeit bei der Organisation von Veranstaltungen. Des Weiteren muss es auch eine Selbstverständlichkeit sein, die Mitglieder zu einem Verhandlungsergebnis zu befragen. Auch dies wird von anderen Gewerkschaften bereits vorgelebt. Wer nicht

nur Bildungs- sondern auch Tarifgewerkschaft sein will, muss in der Frage der Mitbestimmungsrechte der eigenen Mitglieder nachziehen.

Koalitionsfreiheit – Lohngleichheit – Schwesternlichkeit

Unsere GEW versteht sich richtigerweise nicht als reine Lehrer- sondern als Bildungsgewerkschaft von der Kita bis zur (Volks-) Hochschule. In den Bildungsbereichen jenseits von Grund- und weiterführenden Schulen hat jedoch auch Verdi den Anspruch, die Beschäftigten zu vertreten.

Diese doppelte Zuständigkeit zweier DGB-Töchter ist an sich kein Problem für die Funktionsfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der beiden Einzelgewerkschaften. Es wird jedoch zum Problem, wenn sich – wie bereits oftmals geschehen – beide Gewerkschaften als Konkurrentinnen wahrnehmen und begegnen, die schlimmer um Mitglieder/Aufmerksamkeit buhlen als jeder Influencer um Follower.

Diese falsche Ausrichtung nützt weder den Mitgliedern von Verdi noch denen unserer GEW etwas – sie nützt allein den Arbeitgebern, die momentan zumindest in Gestalt der Finanzminister die Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst als reinen Kostenfaktor sehen. Diese Ansicht wird in diesen Zeiten in der öffentlichen

Meinung durch die Einführung und verfassungsrechtliche Verankerung von Schuldenbremsen verstärkt und führt dazu, dass die Verhandlungsposition der Arbeitgeber verstärkt wird. Es ist also – gerade in diesen Zeiten – fatal für die Einzelgewerkschaften bei Arbeitskämpfen nicht an einem Strang zu ziehen. Da, wo Beschäftigte die Wahl zwischen Verdi und der GEW haben, muss vielmehr eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Schwestergewerkschaften stattfinden. Dies fängt beispielsweise in Tarifrunden mit einer gemeinsamen Forderungsdiskussion an und geht über gemeinsame Streikaktionen bis hin zu einer gemeinsamen Abstimmung über Verhandlungsergebnisse. Darüber hinaus sollte in solchen Branchen über „kostenlose“ Doppelmitgliedschaften nachgedacht werden. Wollen wir nicht über den Verhandlungstisch gezogen werden, führt kein Weg daran vorbei voneinander zu lernen und vereint zu agieren.

Raus aus dem Krea-Tief

Unabhängig von der Art der Tarifrunde müssen wir neue kreative Formen von Beteiligung, Aktivitäten und Forderungen finden, um nicht länger als Dinosaurier der Arbeitswelt angesehen zu werden. Arbeitskämpfe dürfen weder objektiv noch subjektiv zu langweilig-tristen Routinen verkommen, sie sind vielmehr Feste des Grundgesetzes, sie sind gelebte Wirtschaftsdemokratie, sie sind Risse in der kapitalistischen Matrix; wäre es nicht so ein verbrauchtes Wort, könnte man sie als sexy bezeichnen.

Wieso nicht den Streiktag nutzen, statt zu demonstrieren, gemeinsam Aktionen zu planen für einen Tag, an dem vielleicht noch mehr Kolleg*innen mobilisiert werden können? Weshalb immer dieselbe Latschdemo in/zu vermeintlichen Zentren? Verbinden wir den Streik mit einer gemeinsamen Wanderung, der Besichtigung einer Dorfkirche, verbünden wir uns mit den Bewohner*innen der Peripherie, räumen wir als gemeinsame Aktion einen verwahrlosten Park auf und veranstalten dort ein Strike-In.

Warum nicht bei längeren Laufzeiten von Tarifverträgen eine Inflationsausgleichsklausel mit in den Tarifvertrag verhandeln, warum nicht die Spielräume bei Forderungen nutzen und bestimmte Forderungen wie einen zusätzlichen freien Tag nur für Gewerkschaftsmitglieder einfordern? Unsere Mitgliedschaft – egal ob aktiv oder passiv – sollte belohnt werden. Solche Forderungen könnten auch dazu dienen mehr Kolleg*innen von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zu überzeugen.

Ab Januar 2025 beginnt die nächste Tarifrunde TVöD

Schon im Januar 2025 startet die nächste Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen. Die GEW eröffnet nun die Diskussion über mögliche Forderungen. Informationen dazu von // **Nina Görges, Rechtsberaterin der GEW Köln**

Jede Tarifrunde beginnt mit einer Forderungsdiskussion. Bei uns in Köln treffen sich dafür die betroffenen Fachgruppen und diskutieren gemeinsam über Ihre Erwartungen und Vorstellungen. Die dort erarbeiteten Ergebnisse werden an den Landesverband weitergeleitet. Zusätzlich bietet der Landesverband eine online-Forderungsdiskussion an, so können sich die Mitglieder auch landesweit austauschen. Alle Landesverbände der GEW beschließen daraufhin eine gemeinsame Tarifforderung, die dann mit den anderen beteiligten Gewerkschaften abgestimmt wird.

Bei der Forderungsdiskussion sind alle GEW-Mitglieder gefragt, die im kommunalen Dienst (z.B. Kita, Jugendamt) arbeiten, und für die der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD) gilt. Was soll von den Gewerkschaften in der Tarifrunde gefordert werden? Was ist Dir wichtig, für welche Forderungen bist Du bereit auf die Straße zu gehen? In dieser Tarifrunde geht es erst einmal um das Gehalt – wie könnte eine mögliche Gehaltsforderung aussehen? Aber auch die Arbeitsbelastung und die Arbeitszeit ist bei Euch immer wieder ein Thema – Was kann/sollte hier wann gefordert werden?

Jedes von der Tarifrunde betroffene Mitglied sollte sich aus eigenem Interesse an den Forderungsdiskussionen beteiligen! Denn nur wer mitmacht kann auch mitbestimmen – und hier besteht die direkte Möglichkeit einen Einfluss auf das Tarifergebnis zu nehmen – darauf sollte niemand verzichten!

Die erste Forderungsdiskussion der FG-Kita fand in Köln Anfang September statt. Zusätzlich bietet die GEW NRW eine online Forderungsdiskussion an. Diese findet statt am 1. Oktober um 17 Uhr. Die Anmeldemodalitäten findet hier auf Internetseite des Landesverbandes: gew-nrw.de

Termine der Tarifrunde TVöD 2025:

24. Januar 2025	Erste TVöD-Verhandlungsrunde im öffentlichen Dienst
17. –18. Februar 2025	Zweite Verhandlungsrunde im öffentlichen Dienst
14. –16. März 2025	Dritte Verhandlungsrunde



Gewalthilfegesetz JETZT!

Petition fordert die Bundesregierung auf, Schutz und Unterstützung endlich für alle gewaltbetroffenen Frauen zu ermöglichen. // **DGB-Bezirksfrauenausschuss NRW**

Liebe Kolleg*innen,

die Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser in Deutschland (ZIF), fordern mit der Petition „Gewalthilfegesetz für alle Frauen – JETZT!“ die Bundesregierung auf, Schutz und Unterstützung endlich für alle gewaltbetroffenen Frauen zu ermöglichen. Die politischen Verantwortlichen müssen jetzt handeln und das geplante Gewalthilfegesetz mit ausreichenden Bundesmitteln ausstatten.

Der DGB unterstützt die Forderungen nach einem Gewalthilfegesetz; die stellvertretende Vorsitzende Elke Hannack gehört zu den Erstunterzeichnenden der Petition.

Elke Hannack:

„Die starke Zunahme häuslicher Gewalt erschreckt. Die politischen Herausforderungen bei der Bekämpfung von Gewalt an Frauen müssen ohne Verzögerung angegangen werden. Umso wichtiger ist es, dass die Ampelkoalition die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt jetzt vollständig umsetzt und die Finanzierung des Hilfesystems sichert.

Der DGB fordert seit Jahren, dass die Bundesregierung für Hilfsangebote wie Frauenhäuser bundesweit eine gesicherte Finanzierung und eine bessere Ausstattung sicherstellt. Darüber hinaus muss es einen Rechtsanspruch der Opfer auf sofortigen Schutz geben. Dafür müssen endlich verbindliche Regelungen her, die Gewähr bieten für eine bedarfsgerechte Unterstützung bundesweit. Schließlich sind Regelungen notwendig, die den Lebensunterhalt für von Gewalt betroffene Menschen für die Zeit ihrer Unterbringung in einer Schutzeinrichtung sicherstellen, und zwar unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Die Bundesregierung muss das versprochene Gewalthilfegesetz jetzt auf den Weg bringen! Denn ein Leben frei von Gewalt ist ein Menschenrecht und keine feministische Utopie.“

Hiermit bitten wir euch, die Petition zu unterstützen und eure Kanäle weiterzuleiten: <https://innn.it/geldoderleben>

Denn laut aktuellem Lagebild des Bundeskriminalamtes nimmt die Zahl von Opfern häuslicher Gewalt immer weiter zu und ist im vergangenen Jahr in Deutschland erneut um 6,5 Prozent gestiegen.

Mit dem geplanten Gewalthilfegesetz soll für Betroffene ein Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung gesetzlich verankert werden und den Opfern von Gewalt ermöglichen, Hilfe und Beratung einzufordern. Da die Kosten für Beratungsstellen und Frauenhäuser zurzeit bei den Ländern und Kommunen liegen, soll mithilfe des Gesetzes der Bund in die Finanzierung der Hilfsangebote einsteigen.

Derzeit sind die Hilfestrukturen völlig unzureichend. Laut Gewerkschaft der Polizei fehlen bundesweit 14.000 Plätze – ein großer Mangel, den Betroffene nicht erst seit gestern beklagen. Die GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne betonte im Interview mit dem RND, die Polizei stehe regelmäßig vor dem Problem, Gewaltbetroffene nicht schnell in Schutzräumen unterbringen zu können, da entsprechende Angebote vielerorts fehlten. Es herrsche „dringendster Handlungsbedarf!“ (<https://www.rnd.de/politik/haeusliche-gewalt-bundesverband-fuer-bessere-finanzierung-von-frauenhaeusern-RGLUND3GVZC6HOHTR3HL5RVWRY.html>).

Deshalb fordert der DGB einen Rechtsanspruch der Opfer auf sofortigen Schutz und bundesweit eine gesicherte Finanzierung und bessere Ausstattung der Hilfestrukturen, wie z. B. Frauenhäuser. Dazu muss die Bundesregierung das versprochene Gewalthilfegesetz unverzüglich auf den Weg bringen!

DGB-Frauen dazu: <https://frauen.dgb.de/-/8RG>

Bericht von der Kundgebung der Fachgruppe Erwachsenenbildung am 26. Juni

Am 26. Juni demonstrierten Mitglieder unserer Fachgruppe Erwachsenenbildung gemeinsam mit Musikschullehrer*innen der Rheinischen Musikschule vor dem Rathaus. // **Lioba Waleczek und Klaus Mautsch, Mitglieder der FG Erwachsenenbildung**



Aufergerufen hatten die Landesfachgruppe Musik bei ver.di, die GEW Köln und die Dozierendenvertretung an der Kölner VHS. Anlass war eine Sitzung des Schulausschusses, bei der es auch um die Auswirkungen des „Herrenberg-Urteils“ (siehe nebenstehenden Kasten) auf die künftige Beschäftigung von Lehrkräften an den beiden Kölner Bildungsinstitutionen ging.

Anders als bei der Rheinischen Musikschule, wo es ab dem nächsten Schuljahr neue Planstellen für Musikschullehrkräfte geben wird, schweigt sich die Stadtverwaltung darüber aus, in welcher vertraglichen Form der Lehrbetrieb an der VHS aufrechterhalten werden kann. Die offenkundige Relevanz des Urteils für zahlreiche scheinselfständige Honorarkräfte, die für die Stadt Köln tätig sind, zunächst einmal herunterspielend, erklärte der Schuldezernent Robert Voigtsberger ausweichend: „Inwiefern das Herrenberg-Urteil Konsequenzen für mögliche weitere Betroffene innerhalb der Stadt Köln haben wird, befindet sich aktuell noch in zentraler Klärung. Hierüber wird zu gegebener Zeit berichtet.“

Für die GEW stellte Eva-Maria Zimmermann klar heraus, dass es „keine Frage des „Wollens“ sondern des „Müssens“ ist“, den arbeitnehmerähnlichen VHS-Lehrkräften jetzt ordentliche Arbeitsverträge anzubieten. Die jahrelange Praxis, hauptberufliche Lehrkräfte an der VHS zu prekären Bedingungen als Scheinselbstständige zu beschäftigen, muss mit dem Urteil des Bundessozialgerichts ein Ende finden.

Mitglieder unserer Fachgruppe brachten in ihren Redebeiträgen sowohl ihre eigene Situation als auch die vielfältigen Facetten unfairer Beschäftigungspolitik durch die staatlichen und privaten Träger der Weiterbildung zum Ausdruck.

Viele Teilnehmer*innen der Demo zeigten sich im Anschluss an die Kundgebung erfreut, dass endlich wieder auf ihre Belange öffentlich aufmerksam gemacht wurde.



Gemeinsame Pressemitteilung der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Köln und des Dozierendenrates der VHS Köln vom 20.06.2024

Nach dem „Herrenberg-Urteil“: VHS Dozent*innen sichern – VHS sichern – gute Bildung für Köln sichern! Aufruf zur Kundgebung „Sicherheit für Honorarkräfte“ am 26.6. von 18h30 bis 19h30 auf dem Theo-Burauen-Platz

Jahrzehntelang war es gängige Praxis in deutschen Kommunen: die Sicherung des Bildungsauftrags durch (schein)selbstständige Honorarkräfte, so auch an Volkshochschulen. Alle paar Wochen ein neuer Vertrag, jahrelang. Das alles auf Kosten der Lehrenden, die als freiberufliche Honorarkräfte trotz meist schlechter Vergütung sämtliche Sozialabgaben komplett alleine stemmen müssen – so sparten die Kommunen Jahr für Jahr riesige Summen ein.

Aber nun liegen Urteile der Sozialgerichte vor, die feststellen: Dozierende an der VHS und anderswo sind nicht selbstständig – sie und die VHS müssen Sozialabgaben und Rentenbeiträge zahlen. Deshalb ist klar: So geht es nicht weiter.

Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln, stellt klar: „Nach dem „Herrenberg-Urteil“ geht es nicht mehr um Wollen, sondern um Müssen. Die Stadt Köln kann sich nicht länger rausreden, wenn sie sich nicht zahlreichen Klagen oder Negativprüfungen seitens der Rentenversicherung gegenübersehen möchte. Umso erstaunter sind wir zu hören, dass es bislang für die VHS offenbar noch keinerlei Plan gibt, wie die Verträge für Dozierende künftig gestaltet sein sollen.“

Zimmermann weiter: „Eine Anfrage des Ratsbündnisses an die Verwaltung blieb bezüglich der VHS bislang unbeantwortet – ebenso zeigten erste Gespräche mit der Politik, dass auch dieser noch kein Vorgehen bekannt ist. Wir können nur ganz deutlich sagen: Die Geduld der Honorardozent*innen ist am Ende! Wenn nicht zeitnah gehandelt wird, könnte dies das Ende der VHS Köln bedeuten, wie sie über 100 Jahre lang bestanden hat.“

Dabei erfüllt die VHS Köln eine ausgesprochen wichtige gesellschaftliche Funktion: Als größte Anbieterin von Deutschkursen leistet sie allein in diesem Bereich einen unersetzlichen Beitrag zur Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. 2023 wurde die VHS Köln bundesweit für ihre Arbeit im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ausgezeichnet. Teilweise nehmen Teilnehmer*innen mehrere hundert Kilometer Fahrt in Kauf, um die weit über die Stadtgrenzen für ihre hohe Qualität bekannten Kurse an der VHS Köln besuchen zu können.

Klaus Mautsch von der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Köln und im Dozierendenrat der VHS Köln konkretisiert: „Wir fordern Festanstellungen für die Integrations- und Berufssprachkurslehrkräfte sowie für alle weiteren Arbeitnehmerähnlichen. Die Honorare in den Kursen mit geringerem Studienumfang müssen sich an den Tarifen im TVöD für Beschäftigte mit abgeschlossenem Studium orientieren.“

Mautsch weiter zur Zukunft der Dozent*innen und der VHS Köln: „Selbstverständlich muss ein zukunftsfähiges Konzept her, um die Angebote an der VHS langfristig und nachhaltig zu sichern. Andere Kommunen zeigen, dass das aber durchaus möglich ist. In Berlin zum Beispiel arbeitet die Senatsverwaltung derzeit an einem „Drei-Säulen-Modell“, damit neue VHS-Verträge von der DRV als rechtssicher eingestuft werden können. An der VHS Dortmund sind bereits Planstellen für Integrationslehrkräfte geschaffen worden.“

Anlässlich der Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 26.6. rufen die GEW Köln und der Dozierendenrat der VHS Köln deshalb von 18h30 bis 19h30 zur Kundgebung „Sicherheit für Honorarkräfte“ auf dem Theo-Burauen-Platz auf. „Mit dabei werden auch die ver.di Kolleg*innen der Rheinischen Musikschule sein, mit denen uns dasselbe Anliegen verbindet“, so die GEW abschließend.

Redebeitrag bei der Kundgebung vor em Rathaus

Ich möchte heute über Freiheit sprechen. // **Sabine Paas, Mitglied der FG Erwachsenenbildung**

Freiheit, lassen Sie sich den Begriff auf der Zunge zergehen...FREIHEIT – das gibt doch direkt ein positives Gefühl... Frei sein, man kann sich frei bewegen, man ist ungebunden, nicht gefangen, nicht hinter Gittern oder gar in Zwängen verfangen. Frei wie ein Vogel durch die Luft schweben. So interpretierte man noch zu Luthers Zeiten die Verbindung des Nomens „Vogel“ mit dem Adjektiv „frei“. Im Wörterbuch der Brüder Grimm steht es dann anders: Vogel-frei heißt: „ohne gesetzlichen Schutz sein, wie ein Vogel in der Luft, den jeder schießen darf.“

Wir Dozierende der VHS Köln sind auch frei: FREIberuflicher – das klingt auch gut, oder? Schauen wir uns unsere Freiheit einmal näher an: Wir sind frei von Arbeitnehmerrechten, frei von Kündigungsschutz, frei von Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, frei von Mutterschutz, frei von Arbeitgeberzuschüssen zur Sozialversicherung, frei von Ta-

rifverträgen, frei von Inflationsausgleich, frei von regelmäßigen Honoraranpassungen, frei von Arbeitslosenversicherung, frei von angemessenem Urlaubsentgelt, frei von Personalräten

Und? Wie klingt das für Sie? Ich kann Ihnen sagen, wie es sich anfühlt: Für mich fühlt es sich an wie eine VOGEL-FREIberuflichkeit im Grimm'schen Sinne. Und inzwischen hat das auch das Bundessozialgericht erkannt und nennt es „Scheinselbstständigkeit“!

Das ist illegal, liebe Stadt Köln. Deshalb wird die Rentenversicherung nun aktiv und führt Prüfungen auch bei der Stadt Köln durch. Die Stadt sieht aber offensichtlich keinen Handlungsbedarf, obwohl horrenden Nachzahlungen drohen, wenn sie sich weiter in der Illegalität bewegt. Nun gut, dann wird's wohl teuer...

Hintergrund: Das „Herrenberg-Urteil“

Das „Herrenberg-Urteil“ aus dem Jahre 2022 stellt einen Wendepunkt in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts dar. // **Klaus Mautsch, Mitglied der FG Erwachsenenbildung**

Mit ihm sind die Kriterien zur Abgrenzung des Beschäftigungsstatus selbstständiger Lehrkräfte von dem regulär beschäftigter Mitarbeiter neu gewichtet worden. Das Gericht war seinerzeit der Ansicht einer Musikschullehrerin aus Herrenberg gefolgt, dass die Kommune ihren Status als selbstständig Lehrende zwar vertraglich festgeschrieben hatte, die Bedingungen des Unterrichts aber eine abhängige Beschäftigung begründeten.

Im letztinstanzlichen Urteil wurde die Stadt verurteilt, die ausstehenden Arbeitgeberanteile nachzuzahlen und der Lehrkraft das Recht zuerkennen, die selbstgezählten Beiträge anteilig von der Kommune zurückzufordern.

Seit 2022 sehen sich zahlreiche Träger der Erwachsenenbildung Prüfverfahren der Deutschen Rentenversicherung ausgesetzt, die sowohl von Lehrenden als auch von der DRV selbst angestoßen werden. Die Unsicherheit in der Branche ist folglich groß.

Während die Lobbyverbände der Auftraggeber auf die Politik einwirken, durch neue Gesetzgebungsverfahren die Rechtssicherheit für die Durchführung von Angeboten der Erwachsenenbildung wiederherzustellen, fordern die Gewerkschaften, dass die Anbieter staatlich geförderter Bildungsgänge Tarifverträge für Kursleiter*innen anbieten müssen, bzw. dort, wo der Umfang der Tätigkeit geringer ist, ein Mindesthonorar zahlen, das sich an den Tarifen im TVöD orientiert.

ZAHLEN – DATEN – FAKTEN zur VHS KÖLN

Kurse, Veranstaltungen, Teilnehmende & Dozierende ⁽¹⁾:

- 4.866 durchgeführte Kurse und Veranstaltungen
- davon 140 Auftragsschulungen bzw. Maßnahmen
- in 156.013 Unterrichtsstunden
- mit 66.090 Teilnehmenden
- und 989 Dozierenden*
- 3.739 durchgeführte Prüfungen

*davon

- Lehrkräfte mit mindestens 20 SWS („Arbeitnehmerähnliche“):
 - Lehrkräfte in Intensivkursen DaF: 20 ^(2a)
 - Lehrkräfte in Integrationskursen DaZ: 40 ^(2a)
 - Lehrkräfte in Berufssprachkursen DaZ: ca. 10 ^(2b)
 - Lehrkräfte in Sprachkursen (andere Fremdsprachen): 4 ^(2a)
- Lehrkräfte mit 8-10 SWS:
 - Lehrkräfte in Schnellkursen DaF: 20 ^(2a)
 - Lehrkräfte in Sprachkursen (andere Fremdsprachen): unbekannt ^(2b)

DaF = Deutsch als Fremdsprache
DaZ = Deutsch als Zweitsprache

Historisches & Angebot ⁽³⁾:

- 1919 aus der Universität heraus gegründet
- seit 1920 in städtischer Trägerschaft
- Das Angebot umfasst die folgenden Programmbereiche:
 - Mensch, Gesellschaft, Politik
 - Gesundheitsbildung
 - Kunst, Kultur, Kreativität
 - Sprachen (Deutsch, Alphabetisierung/Grundbildung, Deutsch als Fremdsprache Deutsch als Zweitsprache sowie zahlreiche Fremdsprachen)
 - Berufliche Bildung (EDV, Medien, Kommunikation, Management und Wirtschaft)
 - Qualifizierung und Beschäftigungsförderung

Als größte Anbieterin von Deutschkursen in Köln und mit den Einbürgerungstests leistet die VHS einen aktiven Beitrag zur Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Zugleich fördert sie das interkulturelle Miteinander, indem sie mit ihren Weiterbildungsangeboten Orte der Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kulturen und Lebensgewohnheiten schaffen. ⁽³⁾

Im Mai 2023 wurde die VHS Köln beim „Nationalen Preis – Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als eine der besten BNE-Initiativen Deutschlands ausgezeichnet. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Deutsche UNESCO-Kommission würdigten damit „vorbildliches Engagement und innovative Methoden“. Die VHS Köln wurde in Berlin als eine der „Top 20“-Initiativen geehrt und darf nun das Logo des BNE-Preises der UNESCO-Kommission und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung tragen. ⁽¹⁾

⁽¹⁾ Quelle: Jahresbericht der VHS 2023: <https://vhs-koeln.de/Artikel/cmx65001982434fe.html>

^(2a) Stand Frühjahr 2024 ^(2b) unsere Schätzungen (genaue Zahlen wurden uns auf Anfrage hin verweigert)

⁽³⁾ Quelle: Leitbild der VHS: <https://vhs-koeln.de/Artikel/titel-Unser-Leitbild/cmx548825f746ebd.html>

Auswertung der Personalratswahlen im Bezirk Köln 2024

Im Juni wurden die neuen Personalräte im Bezirk Köln gewählt. Die GEW konnte dabei an den Gesamtschulen, Grund- und Hauptschulen die Mehrheiten erzielen. // **Eva Caspers, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion sowie Personalrätin für die Gesamtschule**

Wir schauen uns die Auswertung im Detail an.

Berufskollegs:

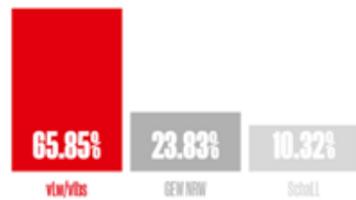
Die GEW erreichte bei minimal gesteigener Wahlbeteiligung 5 von 21 Sitzen und wiederholte damit ihr Ergebnis von 2020.

Ergebnisse für Berufskolleg im Bezirk Köln

Sitzverteilung



Prozentuale Verteilung



Stimmen



Förderschulen

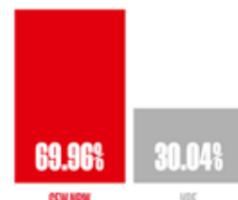
Die GEW konnte bei leicht gesunkener Wahlbeteiligung ihr Ergebnis von 2020 wiederholen und erhielt 6 von 29 Sitzen.

Ergebnisse für Förderschule / Klinikschule im Bezirk Köln

Sitzverteilung



Prozentuale Verteilung



Stimmen



Hauptschulen

Hier sank die Wahlbeteiligung deutlicher als in anderen Kapiteln, aber die GEW konnte eine Stimme hinzu gewinnen und ist damit die größte Fraktion.

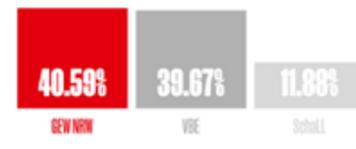
Ergebnisse für Hauptschule im Bezirk Köln

Sitzverteilung



Lehrer NRW: 786%

Prozentuale Verteilung



Lehrer NRW: 786%

Stimmen



Grundschulen

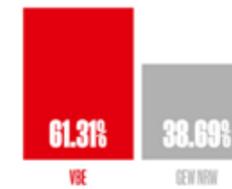
Bei leicht gesteigener Wahlbeteiligung konnte die GEW wie bei der vorherigen Wahl 6 Sitze erreichen.

Ergebnisse für Grundschule im Bezirk Köln

Sitzverteilung



Prozentuale Verteilung



Stimmen



Realschulen

Auch hier sank die Wahlbeteiligung minimal, doch die GEW konnte ihre sechs Sitze verteidigen und ist hinter Lehrer NRW die zweitgrößte Fraktion.

Ergebnisse für Realschule im Bezirk Köln

Sitzverteilung



SchuLL: 2

Prozentuale Verteilung



SchuLL: 10.84%

Stimmen



Gymnasien:

Hier konnte die GEW bei leicht gesteigener Wahlbeteiligung einen Sitz zurückgewinnen und ist mit 8 von 25 Sitzen hinter den Philologen die zweitstärkste Fraktion.

Ergebnisse für Gymnasium / Weiterbildungskolleg im Bezirk Köln

Sitzverteilung



SchuLL: 1
VBE: 0

Prozentuale Verteilung



SchuLL: 3.95%
VBE: 2.07%

Gesamtschulen

Die GEW hielt das Ergebnis vom Vorjahr bei leicht gesunkener Wahlbeteiligung und stellt mit 14 von 25 Sitzen eine stabile Mehrheit im Personalrat.

Ergebnisse für Gesamtschule / Sekundarschule im Bezirk Köln

Sitzverteilung



Lehrer NRW: 2
SchuLL: 2

Prozentuale Verteilung



Lehrer NRW: 8.36%
SchuLL: 7.59%

Fazit

Es lässt sich also zusammenfassen, dass die GEW entweder gleiche Ergebnisse oder leichte Verbesserungen erzielen konnte, was an sich natürlich gut ist.

Allerdings hört man aus den einzelnen Kapiteln, dass die schlechte Wahlbeteiligung trotz gelungener Wahlkämpfe besorgniserregend ist. Bis zur nächsten Personalratswahl sollten wir uns also überlegen, wie wir an der Stelle vielleicht auch noch zu besserer Beteiligung beitragen könnten.



Mediengefahren für Kinder

Ein Warnruf sollte uns alle aufwecken! // **Dipl.-Päd. Detlef Träbert**

Wenn wir jetzt nicht unser Bewusstsein ändern, dann laufen wir Gefahr, dass eine ganze Generation an Kindern wirklich schwerwiegende Schäden nehmen kann.“ Diese Aussage stammt von Dr. med. Silke Schwarz, die an der Universität Witten-Herdecke (Fakultät für Gesundheit) arbeitet. Sie ist an der aktuellen Leitlinie zum Bildschirm-Mediengebrauch von Kindern und Jugendlichen beteiligt, die von der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V. (DGKJ) in Zusammenarbeit mit etlichen weiteren Institutionen verantwortet wird.

Vom TV zum Smartphone

„Zu viel Bildschirm tut unseren Kindern nicht gut“ – eine Binsenweisheit, die wir alle kennen, bejahen und trotzdem viel zu oft missachten. 2023 sind erstmals Forschungsergebnisse zu den Folgen des Bildschirmkonsums für Kinder und Jugendliche auf seriöser Grundlage zusammengefasst worden. Das Fernsehen startete zwar schon vor 72 Jahren in Deutschland, doch der richtige Hype mit den „neuen Medien“ kam erst 2007 auf, als die Verbreitung des Smartphones anging. Seither können wir Kinder am Bildschirm beobachten, wenn sie in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind oder beim Arzt auf die Behandlung warten müssen.

Seit rund zehn Jahren gibt es Empfehlungen zur Bildschirmnutzung von Kindern wie diese: unter drei Jahren möglichst gar nicht, bis sechs Jahre maximal 30 Minuten für alle Bildschirme zusammen (TV, Video, PC, Konsolen, Tablets, Smartphones), bis 9 Jahre maximal 45 Minuten. Bis zu diesem Alter sollten Kinder auch möglichst nie alleine vor dem Bildschirm sitzen, sondern immer in Begleitung eines Erwachsenen, so dass aufkommende Fragen oder Ängste sofort besprochen werden können. Bis 12 Jahre gelten 60 Minuten täglich als noch akzeptabel.

Empfehlungen werden bejaht aber missachtet

Diese Hinweise kennen fast alle Eltern und bejahen sie grundsätzlich, doch tatsächlich werden sie weitgehend missachtet. Vor allem während der Pandemiejahre seit 2020 sind die Mediennutzungszeiten in allen Altersgruppen enorm gestiegen und haben sich insgesamt ungefähr verdoppelt. Auch der online veranstaltete Unterricht in den Zeiten der Kontaktsperren hat diesen Trend verstärkt. Kinder leiden bei längeren Bildschirmzeiten unter ähnlichen Symptomen wie Erwachsene, ob sie für die Schule arbeiten oder ob sie spielen: Kopfschmerzen, Nervosität, Reizbarkeit, Schädigung der Augen und des Bewegungsapparats. Doch das ist nur die offensichtliche „Spitze des Eisbergs“, denn die gesundheitlichen und sozialen Folgen sind noch viel gravierender.

Wenn Sie einer oder gar mehreren der folgenden Aussagen zustimmen, ist die Gefahr ganz real, dass Ihr Kind in eine Abhängigkeit vom Bildschirm geraten könnte oder gar bereits süchtig ist:

- Es fällt ihr oder ihm schwer, mit der Nutzung von Bildschirmmedien aufzuhören.

- Diese Geräte sind das einzige, was motivieren kann.
- Ihr Kind scheint an nichts anderes mehr denken zu können.
- Familienaktivitäten werden beeinträchtigt, weil das Kind nicht vom Gerät weg will.
- Durch die Nutzung der Bildschirmmedien kommt es zu Konflikten in der Familie.
- Ihr Kind ist frustriert, wenn es sich nicht mit Bildschirmmedien beschäftigen kann.
- Die Nutzungszeiten Ihres Kindes werden immer länger.
- Es geht heimlich an das Gerät.
- Wenn es einen schlechten Tag hat, scheinen Bildschirmmedien das einzige zu sein, was seine Stimmung aufzuhellen vermag.
- Beim Kind entwickeln sich Konzentrationsprobleme, es wirkt unausgeschlafen, Schulfehltag nehmen zu oder die Noten verschlechtern sich.

Was tun!?

2023 erfüllten nach Angaben der DAK Gesundheit 5,6 % aller Jungen und 3,1 % der Mädchen die Kriterien einer Computerspielsucht. Im Durchschnitt verbringen alle Kinder und Jugendlichen deutlich mehr Zeit vor Bildschirmen als von der Medizin empfohlen. Aber was können Eltern tun, um ihr Kind besser vor den Gefahren zu schützen, die von einem unkontrollierten Mediengebrauch ausgehen?

- Babys und Kleinkinder sollten bildschirmfrei aufwachsen können. Eltern sollten also möglichst nicht aufs Handy schauen, wenn das Kleine dabei ist, auch bei den Mahlzeiten nicht. Mit Babys zu reden fördert ihre Sprachentwicklung – der Blickkontakt ist entscheidend.
- Setzen Sie Medien nicht zur Beruhigung des Kindes ein. Im Wartezimmer des Kinderarztes gibt es Bilderbücher, Spielzeug und Buntstifte. Das Handy oder der Fernseher sollten weder als Belohnung noch als Strafe verwendet werden.
- Bedenken Sie bitte auch, dass nicht nur Sie selbst, sondern auch Geschwisterkinder für die Kleineren als Vorbild dienen. Beziehen Sie deswegen die älteren Geschwister in jedem Alter mit in die Erziehung der jüngeren ein.
- Gestalten Sie Ihr Familienleben möglichst abwechslungsreich, z.B. mit gemeinsamen Gesellschaftsspielen, Ausflügen, kleinen Spaziergängen, Spielplatzbesuchen, Gesprächen („Was war heute schön für dich?“) oder Kasperletheater spielen. Und schaffen Sie Rituale: Das Guten-Appetit-Ritual vor dem Essen oder ein Gute-Nacht-Ritual vor dem Schlafen geben Kindern ein Gefühl von Verlässlichkeit und Sicherheit.

Verlässlichkeit und Sicherheit - genau das ist es doch, was auch wir Erwachsenen in solch schwierigen Zeiten wie heute dringend brauchen.

Hinweise:

- Die „Leitlinie zur Prävention dysregulierten Bildschirmmediengebrauchs in Kindheit und Jugend“ findet man im Internet unter <https://medienleitlinie.de/>
- Die „Medienleitlinie für Eltern“ findet man auf <https://register.awmf.org>
- Tipps für die Medienerziehung finden Eltern bei vielen Krankenkassen und nicht zuletzt auf www.kindergesundheit-info.de, der Internetpräsenz der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Kinder sollten nie alleine vor dem Bildschirm sitzen, sondern immer in Begleitung eines Erwachsenen.

Wohin fließen eigentlich die NRW-Fördergelder für die Sprach-Kitas bei den freien Trägern ?

Die „zusätzlichen Fachkräfte Sprach-Kita“ mindestens eines großen gemeinnützigen Trägers fühlen sich ungerecht behandelt. // **GEW-Mitglied, dessen Name nicht genannt werden soll**

Ihre Zulage von 200 € pro Monat, die bisher durch den Bund refinanziert wurde, wird ihnen komplett gestrichen, und das obwohl in Nachfolge das Land NRW für die weitere Förderung der Sprach-Kitas einspringt. Sie leisten im Kita-Alltag diese dringend erforderliche zusätzliche Arbeit weiterhin, allerdings ohne Wertschätzung und unbezahlt.

Nachdem der Bund aus der Förderung der Sprach-Kitas ausgestiegen war, sprang nach langem Hoffen und Bangen der Sprachförderkräfte in NRW endlich das Land ein. Es stellte Mittel in Höhe von rund 38 Millionen Euro jährlich bis Ende Juli 2026 für die langfristige Unterstützung der „Sprach-Kitas“ bereit.

Freude war nur von kurzer Dauer

Die Freude über diese Nachricht war bei den „zusätzlichen Fachkräften Sprach-Kita“ bei einem der größten gemeinnützigen, bundesweit agierenden Träger mit vielen Kitas in NRW leider nur von kurzer Dauer. Sie hatten bislang zusätzlich 200 € mtl. als Zulage für ihre anspruchsvolle, gesellschaftlich relevante Aufgabe erhalten. Plötzlich hieß es, dass die Zulage komplett gestrichen wird, dabei sollte man doch allgemein annehmen, dass die Fördergelder in gleicher Höhe wie bisher für die Erzieher*innen gedacht wären.

Aber: Kein Cent der NRW-Fördergelder kommt seit Januar diesen Jahres bei

den „zusätzlichen Fachkräften Sprach-Kita“ des Trägers an, was einen plötzlichen und tiefen finanziellen Einbruch für die Gruppe dieser meist weiblichen Beschäftigten bedeutet. Die NRW-Fördergelder für die Sprach-Kitas werden in dem gemeinnützigen Unternehmen anderweitig verwendet, da die „Refinanzierung“ nach Aussagen leitender Angestellter nicht in genügendem Maße gewährleistet sei.

Das klingt paradox, da ja die Fördergelder der Landesregierung NRW genau für den Zweck der Sprachförderung gedacht sind. Es sind die in der Sprachförderung Beschäftigten, die diese Leistung tatsächlich erbringen. Weitere „Argumente“ der Unternehmensleitung, diese Zulage für die „zusätzlichen Fachkräfte Sprach-Kita“ nicht mehr auszuzahlen: Wir bezahlen das erste mal (nach der letzten allgemeinen Tarifierhöhung) analog zum öffentlichen Dienst, es sei soviel zu stemmen, dass für die „zusätzlichen Fachkräfte Sprach-Kita“ die Zulage komplett gestrichen werden müsse (zunächst bis Ende 2024).

Die „zusätzlichen Fachkräften Sprach-Kita“ freuen sich natürlich wie alle Beschäftigten über die erkämpften Tarifierhöhungen, aber besonders diejenigen aus den niedrigeren Gehaltsgruppen klagen nun nach Streichung ihrer Zulage trotz allgemeiner Tarifierhöhung über Reallohnverluste. Rein

rechtlich ist die Streichung der bisherigen 200 € Zulage wohl nicht anfechtbar, sie hat den Status einer „befristeten besondere Zulage“, wenn sie auch gewöhnlich mehrfach verlängert wurde. Das Problem ist, dass die Zulage nicht im Haustarifvertrag des Trägers verankert worden ist.

Recht, Gerechtigkeit und soziale Verantwortung

Gibt es so etwas, wie eine soziale Verantwortung beim Management des Trägers, oder steht hier wieder einmal Recht im Widerspruch zu Gerechtigkeit? Bei den Kitas im öffentlichen Dienst sieht es in Bezug auf die Vergütung der Sprachförderkräfte wesentlich besser aus - gerade der hier beschriebene Träger heftet sich immer wieder gerne an, dass er wie im öffentlichen Dienst bezahlen würde. Für die Gruppe der „zusätzlichen Fachkräfte Sprach-Kita“ scheint dies allerdings nicht zu gelten.

Gute Arbeit muss gut bezahlt werden!

Grundsätzlich zeigt sich in Zeiten der Sparbarkeit seitens des Staats ebenso wie seitens der privatwirtschaftlichen Unternehmungen die rechtlich schwache Stellung der Lohnabhängigen, in solchen Zeiten sogar in besonderem Maße. Umso mehr gilt es dagegen zu halten und die Stellung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften zu stärken. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Das wäre auch im Sinne der „zusätzlichen Fachkräfte Sprach-Kita“ bei dem einen und anderen freien bzw. gemeinnützigen Träger.

Bildungsministerium im Yogamodus

Laut Bundesgesetz muss die Landesregierung den Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze für Grundschulkindern umsetzen, das tut sie jedoch nicht und hält sich auch nicht an ihre Koalitionsvereinbarungen // **Ein Kommentar von Alexandra Klöckener, Mitglied des Leitungsteams AS Offener Ganztag in Köln und auf Landesebene**

Es scheint, als ob es eine neue politische Strategie im Bildungsbereich der schwarz-grünen Landesregierung geben würde: die Yogastrategie.

Zumindest das Bildungsministerium hat diese Strategie scheinbar für sich entdeckt. So zu beobachten in Sachen Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze. Diese Strategie funktioniert nach zwei wichtigen Prinzipien:

- was interessiert mich mein Geschwätz von gestern
- was interessiert mich die Bildungszukunft von morgen

Ganz im Hier und Jetzt agiert das Ministerium und verzichtet entspannt darauf, ein Landesausführungsgesetz zu schreiben, das im Ganztagsförderungsgesetz des Bundes vorgeschrieben ist. Ein Gesetz, das vollumfänglich im Koalitionsvertrag von 2022 von CDU und Grüne noch versprochen wurde (Geschwätz von gestern!)

Stattdessen werden 3 Seiten (!) Empfehlungen veröffentlicht, die vor allem ein Mantra wiederbeten: „es soll alles so bleiben, wie es ist“.

Und dies in zum Teil bürokratischen Formulierungen, die so kryptisch sind, wie ein indogermanisches Textfragment:

Sofern es in der Gemeinde kein eigenes Jugendamt gibt, werden die Verantwortlichkeiten (Träger der öffentlichen Jugendhilfe / Schulträger) auseinanderfallen. In diesem Fall kann eine Gebietskörperschaft, die zu-

gleich auch Träger der Schule ist, die Aufgaben der ganztägigen Förderung auf der Grundlage § 1a Absatz 3 Satz 1 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes wahrnehmen.

Habe ich nicht verstanden!

Ob so ein Mantra für die Zukunft unserer Bildungslandschaft reichen wird, ist fraglich. Aber wer weiß, vielleicht bestimmt das Bewusstsein die Realität. Die Qualität des Ganztags wird dem Zufall überlassen. Mit etwas Glück werden die Beschäftigten es weiterhin so gut machen, wie bisher und das Mantra geht in Erfüllung. Ich bin an die Liga-Kampagne vor einigen Jahren erinnert, mit dem Motto „Gute OGS darf kein Zufall sein“. Doch - mit der Yogastrategie scheinbar vereinbar.

Sehr wahrscheinlich haben Beschäftigte im Offenen Ganztag einfach schlechtes Karma und nichts Besseres verdient. Vielleicht im letzten Leben irgendwas falsch gemacht?

Liebes Bildungsministerium, ihr habt mich auf die Matte geholt. Ich bin platt. Namaste!

Empfohlener Link zum Thema:

<https://bildungsklick.de/schule/detail/nrw-landesregierung-bricht-ihr-koalitionsversprechen-zum-ganztag>

Auszug aus dem Koalitionsvertrag 2022 von CDU und Grüne NRW

Ganztag

Schule und ganztägige Betreuung sind für uns Lebens-, Bildungs- und Lernort, der Vertrauen, Sicherheit und Geborgenheit bietet. Diesen wollen wir entwicklungsfördernd gestalten. Wir werden dafür die Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen stärken und eine Vernetzung im jeweiligen Sozialraum unterstützen. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs bleibt eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Land und Kommunen. Bei diesem wollen wir den Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung umsetzen. Durch eine schulrechtliche Verankerung und im Rahmen eines Landesausführungsgesetzes stärken wir die Qualität des Ganztags. Sowohl im Bereich der frühkindlichen Bildung als auch im Bereich des schulischen Ganztags wollen wir eine Fachkräfte- und Qualitätsoffensive. Unser Ziel sind Mindeststandards für den Ganztag in enger Abstimmung mit den Schul- und Jugendhilfeträgern. Dazu gehört, ein Fachkräftegebot umzusetzen und multiprofessionelle Teams zu ermöglichen und zu fördern. Wir stärken zudem die Beteiligung der Kinder und Eltern und sichern die inklusive Förderung aller Kinder und den Kinderschutz. Wir werden im Gespräch mit den Eltern sowie den Akteuren der OGS die Erarbeitung des Landesausführungsgesetzes durch einen Expertenbeirat, vorantreiben und die

Weiterentwicklung wissenschaftlich begleiten lassen. Eine enge Zusammenarbeit auf Augenhöhe von allen bereits in der Schule tätigen Fachkräften, wie auch die Ausweitung der Ressourcen sind für uns Voraussetzung, damit eine Rhythmisierung der Angebote von Schule und offenem Ganztag ermöglicht wird. Ein Angebot mit Kernzeiten und eine bedarfsgerechte Ferienbetreuung sollen Familien Verlässlichkeit bieten. Wir wollen durch Poollösungen von Schulbegleitungen auch im offenen Ganztag die Flexibilität und Förderung steigern. Für die räumlichen Ressourcen werden wir gemeinsam mit den Schulträgern notwendige Rahmenbedingungen definieren und kreative Raumlösungen ermöglichen. Die finanziellen Ressourcen werden wir entsprechend den Anforderungen erhöhen. Das geplante Ausführungsgesetz wird neben inhaltlich pädagogischen Aspekten außerdem die für die Kommunen besonders relevante Finanzierung im Rahmen des geltenden Konnexitätsprinzips regeln. Förderrichtlinien gestalten wir so handhabbar und unkompliziert wie möglich, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, die Mittel entsprechend lokaler Voraussetzungen zu investieren. Wir wollen den Grundschulen den Gebundenen Ganztag ermöglichen. Wir sehen den Bu...

Impressionen von der Kölner Großdemo gegen Rechts am 1. Juni 2024 an der Deutzer Werft



Mit freundlicher Genehmigung des Fotografen // Thomas Range

J. Gövert mit Yasmin Fahimi, Bundesvorsitzende des DGB und rechts daneben Judith Gövert, Geschäftsführerin des DGB Köln/Bonn



Verkehrswende statt Ost-West-Tunnel: Oben bleiben mit 60m-Bahnen!

Das Rückgrat einer Verkehrswende in Großstädten muss neben dem Fahrrad der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sein. Beim Schienenausbau hat Köln einen erheblichen Nachholbedarf. Wir bräuchten 100 Schienenkilometer mehr, um die Netzdichte der Rheinbahn in Düsseldorf zu erreichen. // **Angela Bankert, Mitglied im KoKreis Bündnis Verkehrswende Köln**



Zu verdanken ist der Rückstand der Konzentration von Geldern und Personal auf die Nord-Süd-Bahn, die seit 20 Jahren im Bau und immer noch nicht fertig ist. Seit Baubeginn dort sind oberirdisch nur 3,5 Schienenkilometer im Netz dazu gekommen.

Nun schlägt der KVB-Vorstand auch noch den Stopp aller Ausbaupläne vor – zugunsten eines Tunnels auf der Ost-West-Achse.

Es geht nicht an, dass autofahrende Individuum immer stärker zu belasten, ohne endlich Alternativen anzubieten und auszubauen.

Im Zuge der sog. Roadmap der Stadt gibt es eine Reihe sinnvoller und längst überfälliger Ausbaupläne: Verlängerung der Linie 4 bis Widdersdorf, Verlängerung der Gürtellinie 13 bis zum Rhein, Verlängerung der Linie 7 in Porz, Schienenanschluss für Neubrück, Schienenanschluss des künftigen neuen Wohngebiets Mülheim-Süd und Verlängerung nach Stammheim/Flittard. All diese Projekte sind entweder geplant oder beschlossen und stehen jetzt auf der Kippe.

Der Stadtwerke-Konzern, der die KVB quersubventioniert, will das Defizit bei den Betriebskosten der KVB deckeln auf 160 Millionen Euro im Jahr.

Darum hat der KVB-Vorstand Pläne vorgelegt, alle die vorgenannten Ausbaupläne zu canceln, weil neue Strecken ja weitere Betriebskosten mit sich bringen. Neben der Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn (Abschnitt Bonner Straße) will man nur am Ost-West-Tunnel festhalten, also absurderweise an dem Projekt mit den höchsten Betriebskosten, zu denen u.a. Aufzüge und Fahrstühle aus der 4. Tiefenebene sowie Brandschutz gehören – Kosten, die oberirdisch gar nicht erst anfallen.

Diesem wahnsinnigen Großprojekt Ost-West-Tunnel, das für Jahrzehnte die Innenstadt aufreißen und Milliarden kosten würde, will man alle neuen KVB-Strecken mit tatsächlichem Mehrnutzen opfern. Das bestätigt leider, was die Kritiker:innen von Beginn an gesagt haben: Kommt der Tunnel, entfällt die Verkehrswende.

Alles spricht für oberirdisch

Die Verwaltung hat vor der Sommerpause die Planungen für zwei Varianten vorgelegt: für einen Tunnel und für den oberirdischen Ausbau. Als politische Entscheidungshilfe wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet. Ursprünglich fehlten in der Tabelle wichtige Kriterien wie Kosten oder Bauzeit. Mittlerweile hat die Verwaltung nachgebessert. Alle

Nutzen-Aufwand-Kriterien zusammen ergeben quantitativ 24:21 Punkte zugunsten der oberirdischen Lösung.

Diese Kriterien wurden seitens der Verwaltung explizit nicht gewichtet, dies sei Sache der Politik. So liegt auf der Hand, dass die „Blickbeziehungen“ zu historischen Gebäuden wie dem Hahentor nicht genauso schwer wiegen wie etwa die Barrierefreiheit.

Fazit: Quantitativ, und erst recht qualitativ sprechen die Entscheidungskriterien für oberirdisch.

Die Baukosten der Tunnelvariante liegen jetzt schon bei 1,4 Milliarden € brutto. Hingegen liegt die oberirdische Variante bei nur 218 Millionen € brutto. Die Stadt tönt, es gebe ja „bis zu 95% Fördergelder“. Das ist Schönfärberei. Förderzusagen von Bund und Land beziehen sich immer nur auf die veranschlagten Kosten bei Baubeginn. Spätere Kostensteigerungen, die absolut sicher sind, bleiben überwiegend bei der Stadt hängen.

Bei der Nord-Süd-Stadtbahn stieg der städtische Eigenanteil – OHNE die Kosten des Stadtarchiv-Unfalls – von 55 Millionen Euro auf über 1 Milliarde Euro an.

Die angegebene Tunnelbauzeit ist massiv geschönt. Die Denkmalpflege hat einen Bericht verfasst, der deutlich macht, was in diesem Kernsiedlungsbereich alles unter der Erde liegt. Den Zeitraum für die Bergung der

zahlreichen und vielfach sehr wertvollen Bodendenkmäler schätzt die Archäologische Bodendenkmalpflege auf 10 Jahre.

Und die Verwaltung schätzt die Gesamtbauzeit auf – ebenfalls 10-12 Jahre! Man könne ja parallel zu den Archäologen arbeiten. Das hat bei der Nord-Süd-Bahn schon nicht funktioniert und ist einfach nur dreist. Tatsächlich wird die Innenstadt voraussichtlich für zwei Jahrzehnte aufgerissen, mit entsprechenden Kollateralschäden für Handel und Gastronomie.

Für den Bau des Tunnels gibt die Verwaltung 283.000 t CO2 Emissionen an. Köln hat den Klimanotstand ausgerufen und will bis 2035 klimaneutral sein. Die Emissionen fallen vor und während der Bauzeit an, und nicht über eine angenommene Amortisationsdauer von 80-100 Jahren Lebenszyklus eines Tunnels. Damit würden die Klimaziele gerissen.

Die KVB pocht auf größere Störungsfreiheit des Stadtbahnverkehrs mit einem Tunnel.

Dazu muss man festhalten: Köln hat keine Metro, kein geschlossenes System im Untergrund, sondern eine Straßenbahn, die ab und zu unter Pflaster fährt, also ein gemischtes System. Oberirdische Störungen durch den Straßenverkehr wirken auch zurück in die Tunnel. Vom gesamten Schienennetz von 250 km sind nur 40 km unter der Erde. Wenn da noch 2,7 km (Verwaltungsvorlage) oder 3,7 km (SPD-Vorschlag) dazu kommen, wird das System nicht viel störungsfreier.

Laut KVB wäre die Fahrtzeit mit einem Tunnel 3-4 Minuten kürzer. Von diesem Zeitvorteil haben jedoch nur diejenigen Fahrgäste etwas, die über die Innenstadt hinaus fahren wollen. Die meisten Fahrgäste wollen in die Stadt. Wer in der City aus- und einsteigen, muss bis zu 4 Tiefetagen überwinden. Jeder mögliche Zeitgewinn ist damit wieder hinfällig.

Damit würde man die jetzt barrierefreien Umsteigemöglichkeiten zwischen allen 3 Linien an Neumarkt und Heumarkt zerstören.

Neuer (alter) SPD Vorschlag

Im Stadtrat gibt es für keine der beiden Varianten, welche die Verwaltung jetzt über fünf Jahre ausgearbeitet hat, eine Mehrheit. CDU und FDP sind für den Tunnel. Auf der anderen Seite sind Grüne, Linke, Klimafreunde, Fraktion für oben bleiben. SPD und VOLT sind nicht entschieden.

Wohl um aus dem Dilemma zu kommen, hat die SPD nun ihren Vorschlag von 2018 nochmal in die Debatte gebracht: ein noch längerer Tunnel, ab Deutz unter dem Rhein



her und im Westen bis Melaten. Nur die Linien 1 und 9 sollen unter die Erde; die Linie 7 soll oben bleiben und ab Neumarkt oberirdisch weiterfahren auf dem Linienweg der 9; diese übernimmt den Weg der Linie 7 bis Frechen.

Ein noch längerer Tunnel mit noch mehr Risiken (Rheinunterquerung), der auch kein neue Strecke erschließt, sondern nur zwei (statt drei) vorhandene Linienwege unter die Erde legt, ist ebenfalls nicht zielführend.

Oberirdischer Ausbau – aber wie?

Die von der Stadt vorgelegte oberirdische Variante begeistert leider auch nicht. Die Haltestelle am Neumarkt soll auf 4 Gleise erweitern, die weit in den Platz hineinragen würden. Auf der Linie 1 will man 90m-Langzüge einsetzen. Das spart Fahrpersonal – ein Waggon dranhängen mit dem gleichen Fahrer – bedingt jedoch den Ausbau von 34 Haltestellen von Bensberg bis Weiden. Denn Langzüge brauchen eine Sondergenehmigung und dafür durchgehend eigene Gleiskörper. Dies geht nur auf der Linie 1, die anderen beiden Linien bekämen keine höhere Beförderungskapazität.

Die langen Haltestellen haben eine größere stadträumliche Barrierewirkung, weshalb die Bürgervereine des Kölner Westens sich energisch dagegen wehren. Kostenschätzung bisher rund 250 Millionen Euro.

Das Bündnis Verkehrswende hat eine Alternative vorgelegt, welche inzwischen von Prof. Dr. Volker Stöltzing, Verkehrsplaner und Schienensystemexperte an der TH Köln, geprüft und für umsetzbar befunden wurde:

Eine Taktverdichtung auf der Ost-West-Achse scheitert allein an den beiden Nadelöhr-Haltestellen Heumarkt und Neumarkt, weil dort alle drei Linien zusammenkommen.

Diese beiden Haltestellen könne jedoch ertüchtigt werden, in dem man sie verdoppelt, zu je einer Haltestelle pro Richtung mit Mittelbahnsteig, so dass zwei Bahnen gleichzeitig herankommen können. Damit beschleunigt sich die Abwicklung an diesen beiden Knotenpunkten. Dann braucht es keine Langzüge, und nicht nur die Linie 1 sondern auch die Linie 7 und 9 erhalten eine erhöhte Beförderungskapazität. Es müssten keine 34, sondern nur 2 Haltestellen umgebaut werden. Der Innenplatz des Neumarkts würde nicht mit Schienen belegt.

Dies ist die schnellste, preiswerteste, ökologischste und barrierefreie Lösung. In Kombination mit Verkehrsberuhigung, mit Wegfall des Durchgangsverkehr und der Parkräumen, was ohnehin bei allen Lösungen vorgeschlagen wird, könnte der Neumarkt rasch aufenthaltsfreundlich umgestaltet werden. Alle – außer FDP und Autoindustrie – streben möglichst viel Umstieg von Autofahrenden auf den ÖPNV an. Dazu sind die Menschen aber nur dann bereit, wenn die KVB zuverlässig, pünktlich und in akzeptabler Taktfolge kommt.

Darum müssen Personal und Fördermittel für neue Strecken mit echtem Mehrnutzen eingesetzt werden. Diese zu streichen für den Tunnel, ist genau die falsche Prioritätensetzung. Darum sammeln wir weitere Unterschriften (siehe QR-Code), von denen wir bereits 10.000 an das Verkehrsdezernat übergeben haben, und kämpfen gemeinsam mit dem Netzwerk „Köln bleibt oben mit 60m-Zügen“ für eine vernünftige oberirdische Lösung.



Etappensieg beim 49-Euro-Ticket verteidigen – ÖPNV ausbauen

Elf Millionen Menschen haben im Jahr 2023 das 49-Euro-Deutschlandticket erworben. Es könnten Millionen mehr sein, wenn der Preis günstiger und die Finanzierung dauerhaft gesichert wäre. // **Angela Bankert, für die GEW-Köln im Bündnis Verkehrswende**



Und wenn parallel in den Ausbau und die Zuverlässigkeit, in gute Arbeitsbedingungen im ÖPNV investiert würde. Stattdessen fließen Milliarden in den Bau neuer Autobahnen und werden zu „fossilen Subventionen“. Ein qualitativ guter ÖPNV, vorzugsweise auf der Schiene, ist das Rückgrat einer Verkehrswende.

Um die auskömmliche Finanzierung des Tickets gibt es seit Ende 2022 ein unerträgliches Hickhack zwischen Bund und Ländern. Den Namen „Deutschlandticket“ hatte man gewählt, um flexibel für Preiserhöhungen zu sein. Diese Unsicherheit hat viele davon abgehalten, das Ticket zu abonnieren, da unklar war, ob und wann es um welchen Betrag teurer würde.

Was als 9-Euro-Ticket begann ...

Dabei ist der Preis des Deutschlandtickets von 49 Euro für Viele schon heute zu hoch und zielt auf mindestens durchschnittlich situierte Arbeitnehmer*innen und Senior*innen als dauerhafte ÖPNV-Kundschaft. Im Vergleich zu 106,20 Euro für das Seniorenticket im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr oder sagenhaften 130,20 Euro für das Monatsticket nur im Stadtgebiet Köln, selbst im Vergleich zu vielen Jobtickets, ist ein solches Angebot günstiger. Kein Wunder daher, dass 42 Prozent der Deutschlandticket-Nut-

zenden bereits vorher Abonnent*innen waren und auf das günstigere Ticket umgestiegen sind. Immerhin sind 47 Prozent gemäß der begleitenden Kundenbefragungen Neu-Abonnent*innen, die vorher Einzel- oder Zeitfahrtscheine hatten. Acht Prozent sind komplette Neukunden, die zuvor gar nicht mit dem ÖPNV unterwegs waren.

Was nach wie vor schmerzlich fehlt, ist ein preislich akzeptables Sozialticket. Wenigstens für diese Gruppe hätte man das 9-Euro-Ticket weiterlaufen lassen können.

Zwar bleibt der Preis für für D-Ticket in 2024 noch stabil, doch für die Zeit danach ist der Basar wieder eröffnet. Das Bundesverkehrsministerium plant anscheinend, das ungeliebte Ticket Stück für Stück zu demontieren, beginnend mit den 350 Millionen Kürzung im Jahr 2025.

„Erst ausbauen, dann verbilligen“ funktioniert nicht

Von Beginn an wurde von Kritiker*innen argumentiert, man müsse erst den Schienenverkehr ausbauen, dann verbilligen. Dabei wurde ignoriert, dass dies seit Jahrzehnten nicht funktioniert: Es wurde permanent abgebaut UND verteuert.

Das 49 Euroticket kostet Bund und Länder jeweils schlappe 1,5 Milliarden im Jahr. Das ist ein Klacks im Vergleich zu den vielen Milliarden jährlich für fossile Subventionen wie z.B. - für Diesel und Kerosin (12 Milli-

arden) oder für das Dienstwagenprivileg (5 Milliarden),

Die Gegenüberstellung von „Ausbau versus Preis“ ist geradezu dreist im Angesicht der 30 Milliarden für den Neu- und Ausbau von Autobahnen, an dem das Bundesverkehrsministerium ungerührt festhält: 850 km Neubau und 1700 Kilometer Ausbau von Autobahnen.

Ein Trauerspiel ist auch, wie die Länderverkehrsminister sich von Volker Wissing vorführen lassen. Statt entschiedenen Widerstand gegen Kürzungen kündigen sie vorab schonmal Preiserhöhungen auf mindestens 59 Euro an.

Die Länder wären übrigens durchaus selbst in der Lage, die in Rede stehende Finanzierungslücke von 350 Millionen aufzubringen. Zum Beispiel indem sie aufhören, die 14 regionalen Flughäfen zu subventionieren. (Hier ein Beispiel, was allein der Flughafen Dortmund an direkten und indirekten Subventionen verschlingt: <https://taz.de/Minusgeschaeft-Regionalflughafen/!5733827>)

Mehr Finanzmittel für den Ausbau von Bus und Bahn und für mehr Personal zu guten Bedingungen sind dringend nötig. Das bedeutet: Autobahnausbau sofort stoppen, klimaschädliche Subventionen zugunsten des öffentlichen Verkehrs umschichten, den Kampf der Gewerkschaften um gute Arbeit und deutliche Aufwertung der Fahrdienstbefehle unterstützen.

Fotos: A. Bankert

Kommentar zum Beitrag „Wichtig ist Zivilcourage“ auf der GEW Bundeshomepage

Nachdem wir uns in Köln nun intensiv ein halbes Jahr mit dem Rechtsruck und all seinen menschenverachtenden Auswüchsen auseinandergesetzt haben, möchten wir die Bundesleitlinie kommentieren. // **Eva Caspers, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Wir haben in unseren letzten Forumsausgaben immer wieder über die AfD und auch die internationalen Rechts-Tendenzen geschrieben. Sei es die zunehmende Radikalisierung unserer Diskurse, die wachsende Toleranz und Reproduktion von menschenverachtenden Parolen selbst bei den Mitte-Parteien oder der international zunehmenden Militarisierung.

Es sind keine neuen Themen.

Dass der Rechtsruck trotzdem voran schreitet, ist verständlich, aber insbesondere auch aus Gewerkschaftssicht mehr als nur alarmierend. Wenn man mitbekommt, wie in Bautzen am 10.8.24 die CSD Demo von rund 700 Neonazis und Rechten bedroht wurde, müssen wir feststellen, dass insbesondere in Sachsen die Ausübung unserer demokratischen Freiheiten längst nicht mehr sicher gewährleistet werden kann.

Zugleich hört man von Sachsens Ministerpräsident Kretschmar dazu wenig.

So ist es kein Wunder, dass Rechtsextreme selbstbewusster werden. Sie bestimmen längst den öffentlichen Diskurs mit ihren Forderungen – beinahe alle Parteien machen ihnen Zugeständnisse und schließen auch Bündnisse mit der AfD nicht mehr aus wie jüngst das Bündnis Sahra Wagenknecht. Und zumindest in Sachsen haben sie nun eindeutig gezeigt, dass sie auch die Straße kontrollieren. Denn wenn Neonazis es schaffen, dass der CSD wegen ihrer bloßen Anwesenheit zeitlich verkürzt wird und nur noch unter massivem Polizeieinsatz stattfinden kann, ist klar, wozu sie im Stande sind, wenn sie tatsächlich Gewalt anwenden. Dass sie davor nicht zurückschrecken, wissen wir – nicht erst seit dem NSU oder dem Mord an Walter Lübcke.



Und daher ist es kein Ausdruck zu sagen wir wären alarmiert. Zivilcourage MUSS sein, klar, doch auch angesichts steigender Gewalt gegen Lehrkräfte und des weiter anhaltenden Personalmangels, ist sicher, dass Zivilcourage ein bis zwei Schritte zu spät gedacht wird. Es soll ja gar nicht erst brenzlich werden! Aber die Mobilisierung und Organisation des rechten Lagers nimmt täglich zu. Dagegen hilft nur, dass wir unsere Reihen schließen und uns ebenso konsequent organisieren.

Sprecht in euren Kollegien offen über eure Bedenken, sucht euch Verbündete und nutzt die Gewerkschaft in all ihren Kompetenzen – seien es Fortbildungen oder der kollegiale Austausch, die Personalrät:innen oder wirklich auch schlichtweg die Rechtsberatung, wenn man mit Dingen konfrontiert wird, die man guten Gewissens nicht tun möchte.

Wir arbeiten in Köln natürlich weiter daran, dass es bei uns nicht so weit kommt. Und zugegebenermaßen sind wir hier strukturell bevorteilt. Das ändert nichts an unserer Sorge um die Kinder und Jugendlichen, die in einem solchen gesellschaftlichen Klima aufwachsen, der Sorge auch um größere menschliche Herausforderungen wie zum Beispiel die anhaltenden Kriege oder die Klimafragen, die wir schlecht bearbeiten können, solange Rechtsextreme unsere Freiheiten bedrohen. Und es ändert nichts daran, dass diese Entwicklungen gefährlich sind und wir aus historischem Beispiel wissen, wie viel sich binnen drei Jahren allein ändern kann – zwischen landesweitem Wahlerfolg in Parlamentswahlen und Faschismus.

Frieden? Sichern!

Bericht von der Veranstaltung der AG Frieden & Internationales am 20. Juni 2024 mit Heinz Klippert // **Peter Heim, Mitglied des Leitungsteams der Kölner GEW-Arbeitsgruppe Frieden & Internationales**

Heinz Klippert

FRIEDEN?
SICHERN!

Anleitung zur Belegung
pazifistischen Denkens

WESTEND

Heinz Klippert: „Frieden sichern!
Anleitung zur Belegung pazifisti-
schen Denkens.“
Westend Verlag,
336 Seiten,
24 Euro.

Prof. Dr. Heinz Klippert ist den meisten Lehrer*innen aus Ihrer Lehrerausbildung bekannt. Seit seiner Emeritierung beschäftigte er sich auch mit Friedensfragen - und trug sein Wissen und seine Reflexionen in dem Buch „Frieden? Sichern!“ zusammen. Auf Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung lud die neugegründete AG Frieden des GEW-Stadtverbandes den Autor bei uns ein, unterstützt von pax christi und dem Friedensbildungswerk.

Vor Beginn gibt es ein „Get Together mit Fingerfood. Die DFG/VK betreut den Bücher- und Infostand und auf einer Pinnwand können Anmerkungen zum Thema gemacht werden. Der Saal ist mit rund 80 Teilnehmer*innen voll besetzt. Nach einer Einführung in das Thema durch Karl-Heinz Heinemann (RLS) Klipperts knapp einstündiger Vortrag - eine Powerpoint-Präsentation unterstützen seine zentralen Aussagen. Der Tenor: 1. Die aktuelle Situation, besonders des Ukrainekriegs ist durch eine einseitige Darstellung in der Öffentlichkeit gekennzeichnet. 2. Kriegsskeptisches Denken ist wichtiger denn je. 3. Es muss viel mehr für den Frieden getan werden. 4. Den Bildungseinrichtungen kommt eine besondere Aufgabe zu.

In der sich anschließenden regen Diskussion, moderiert von Peter Heim von der AG Frieden der GEW, gibt es nach einer Phase von Verständnisfragen zum einen den Referenten eher bestätigende Diskussionsbeiträge, dann aber auch kritische Nachfragen, die die Rolle Russlands zum Krieg, aber auch Menschenrechtsfragen betreffen und die nicht wirklich beantwortet werden. Auch die Rolle der Kirchen kommt zur Sprache. Christina Krautwurst von der AG nimmt die Beiträge auf und leitet sie weiter.

Leider konnten nicht alle zu Wort kommen. Es wird aber sehr deutlich, wie drängend das Problem ist. Einige berichten auch aus ihrer Praxis, eine Kollegin lenkt auch den Blick auf die Kindergärten. Friedensbildung müsse bereits dort ansetzen! Deutlich wird aber auch, dass die Zunahme eines Denkens in Kategorien militärischer Sicherheit und einer Werbung für die Bundeswehr die Schulen in Zukunft verstärkt unter Druck setzen wird durch ministeriale Erlasse. Dagegen sollten sie sich zur Wehr setzen. Der Gewerkschaft komme dabei eine besondere Aufgabe zu, eine Vernetzung sei hierbei wichtig. Heinz Klippert weist auf die vielen didaktischen und methodischen Anregungen und Vorlagen im Buch hin - Um 19.45 Uhr ist offiziell Schluss.

Informell ging es dann noch weiter - in der GEW-„Nachgeschäftsstelle“ im „Maria-Eetcafe“ am Hans-Böckler-Platz.

Rückmeldungen gerne über die GEW-Geschäftsstelle.
Weitere Veranstaltungen sind von der AG vorgesehen.

Das nächste Treffen: 5. November 24, in der GEW-Geschäftsstelle.

Kontakt: kontakt@gew-koeln.de oder 0221 5162 67

Frieden lernen – Friedensbildung in Kriegs- und Krisenzeiten

Interview mit Heinz Klippert (Auszug aus GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz Heft 05-06/2024). Danke für die Abdruckgenehmigung der // GEW-Kolleg*innen aus Rheinland-Pfalz!

Günter Helfrich: Herr Klippert, Sie plädieren für eine Belegung des pazifistischen Denkens in unserer Gesellschaft. Warum gerade jetzt?

DR. KLIPPERT: Weil mich erstens der neue Bellizismus in Politik, Medien und Teilen der Bevölkerung beunruhigt. Und weil ich es zweitens ziemlich skandalös finde, wie leichtfertig und arrogant seit zwei Jahren die frühere Friedensbewegung und die von ihr inspirierte Entspannungs- und Abrüstungspolitik der 1980er und 1990er Jahre in die Tonne getreten werden. Das Unwort „Lumpenpazifist“ spiegelt diesen neuen kriegsaffinen Zeitgeist, der sich nicht nur unter Politikern und Militärs, sondern auch in der Gesamtbevölkerung erschreckend breit macht.

Das bestätigen neuere Meinungsumfragen. Offenbar ist das Trauma des Zweiten Weltkrieges für viele Bundesbürger inzwischen so weit weg, dass die alten Feindbilder und Kriegsreflexe wieder hochkommen und den Primat der Kriegsvermeidung und Völkerverständigung zunehmend verdrängen. Militärische Lösungen scheinen plötzlich wieder das Gebot der Stunde. Ich bedaure das sehr und plädiere deshalb für eine Wiederbelegung des pazifistischen Gedankenguts.

Aber zeigt nicht der Angriff Putins auf die Ukraine, dass die pazifisch orientierte Entspannungs- und Abrüstungspolitik der 1970er- und 1980er-Jahre gescheitert ist?

KLIPPERT: Ich gebe zu, dass Putins Angriffskrieg der Friedenssicherung in Europa einen Bärendienst erwiesen hat. Eine Katastrophe! Das heißt allerdings nicht, dass die zurückliegende Entspannungs- und Abrüstungspolitik der Ära Brandt, Schmidt und Kohl deshalb falsch war. Im Gegenteil: Diese Politik hat nicht nur die deutsche Wiedervereinigung begünstigt, sondern Deutschland und Europa auch eine eindrucksvolle Friedensepoche und Friedensdividende gebracht.

Abrüstung, Entspannungspolitik und ökonomische und kulturelle Vernetzung

waren also durchaus kluge außenpolitische Schachzüge und Friedensstifter und taugen gewiss nicht dazu, der zurückliegenden Entspannungspolitik ihre Berechtigung abzusprechen. Was ist denn die Alternative? Wenn im Ukraine-Krieg derzeit beide Seiten den „Sieg-Frieden“ wollen, dann wird es wohl noch viele Zerstörungen, Tote und Entwurzelte geben, bis am Ende doch verhandelt werden muss. Warum also nicht gleich ernsthaft verhandeln? Dass das nicht längst geschehen ist, liegt auch und nicht zuletzt an den USA und England. Darauf zu warten, dass Putin abtritt oder aufgibt, ist ein außen-, sicherheits- und friedenspolitisches Vabanquespiel mit immensen humanitären und politischen Risiken.

Sie plädieren für einen „reflektierten Pazifismus“ und betonen die Notwendigkeit einer verstärkten Friedens-Bildung. Was meinen Sie damit?

KLIPPERT: Friedenssicherung muss in den Köpfen der Menschen beginnen – auch und besonders in denen von Politikern, Militärs und Medienmachern. Dazu braucht es Reflexion und Hinterfragen, Perspektivenwechsel und Friedenswillen, kontroverse Diskussionen und Konfliktregelungsfantasie, Offenheit und kritische Faktenchecks, Kriegsskepsis und mentale und emotionale „Abrüstung“. Diese differenzierte Urteilsbildung und Friedenssuche nenne ich „reflektierten Pazifismus“. Sie zielt zwar nicht auf einen rigiden Anti-Militarismus, wohl aber darauf, der Kriegsvermeidung und gewaltfreien Konfliktregelung die absolute Priorität beizumessen. Deshalb lege ich in meinem Buch sehr viel Wert darauf, zum einen die Risiken und Zerstörungswirkungen von Kriegen ins Bewusstsein zu heben und zum anderen die Chancen einer gewaltfreien Friedenssicherung vor Augen zu führen.

Diese „Bewusstseinsweiterung“ ist der Kern pazifistischen Denkens. Pazifismus in diesem Sinne meint also nicht naives Gutmenschentum, wie das immer wieder kolportiert wird, sondern richtet sich ganz prioritär darauf, den Frieden mental und emotional vorzubereiten und leichtfertige Militäreinsätze zu ächten. Denn wer Kriegsertüch-

tigung und Aufrüstung predigt, steht massiv in der Gefahr, in Konfliktfällen vorschnell die militärische Karte zu ziehen und zu den Waffen zu greifen.

...

Was heißt das alles für die politische Bildungsarbeit in Schulen und in der Erwachsenenbildung? Wie kann der pazifistische Geist belebt werden?

KLIPPERT: Das Gesagte macht deutlich, dass die friedenspolitische und friedensethische Bildungsarbeit die dringende Verpflichtung hat, das menschliche „Kriegs-Gen“ dadurch zu zähmen, dass für ein Mehr an begründeter Kriegsskepsis, Friedensfantasie, Zivilcourage und Konfliktregelungskompetenz gesorgt wird. „Begründet“ heißt hierbei, dass auf differenzierte Informationen, Reflexionen, Perspektivenwechsel, Debatten und sonstige Formen der tiefgreifenden Meinungsbildung in Sachen Krieg und Frieden gesetzt wird, damit das Meinungsmanagement kriegsaffiner Scharfmacher in Politik, Medien, Parlamenten, Zivilgesellschaft und militärischen Kreisen nicht vorschnell verfängt.

Wie diese „Mündigkeit“ in Sachen Krieg und Frieden aufgebaut und ein korrespondierender „reflektierter Pazifismus“ grundgelegt werden kann, wird im angeführten Buch ausführlich gezeigt und mittels vielfältiger und kontrastreicher Materialien, Analysen, Argumente und Reflexionsanstöße unterlegt. Der Bildungsbereich kann und muss zu dieser friedensethischen Reflexions- und Klärungsarbeit beitragen und die nötige Kriegsresistenz in der Gesellschaft entwickeln helfen.

Das vollständige Interview unter:



Museumsbesuch in K 20 Düsseldorf

Veranstaltung des AK Aktive Ruheständler im Juli // **Nanny Gatzten-Stadter, Aktive Ruheständler*innen**



1



4



2



3

Knapp zwanzig - von den Kunstwerken begeisterte - GEW-Ruheständler besuchten am 17.7.24 die Düsseldorfer Sonderausstellung in K 20, 'Träume von der Zukunft' mit Werken von Hilma af Klint und Wassily Kardinsky.

Auch wenn beide Personen im gleichen Zeitraum - Anfang des 20. Jahrh. - sich künstlerisch engagierten und - zeitlich fast parallel, aber sehr unterschiedlich - Wege vom Naturalismus zur abstrakten Kunst-Darstellung suchten, waren sie damals nicht im Austausch.

Bild 1 und 4: Hilma af Klint hat in Zyklen (z.B. Lebenszyklus in 10 Bildern) gearbeitet - immer in Bildserien. Diese beiden Bilder zeigen Anfang und Ende des Lebenszyklus.

Bild 2: alle Künstler wollten das Streben nach dem Lebensziele/nach dem Glück/nach der Sonne darstellen - Bild 2 ist die Fassung von Hilma af Klint.

Bild 3: ein Bildzyklus von af Klint - daneben zwei Kardinsky-Werke

Mit einer sehr vielseitig kompetenten Museumsführerin konnten wir v.a. eine wissenschaftlich und spirituell inspirierende schwedische Künstlerin kennenlernen, die neben den Werken des schon damals bekannten Künstlers Kardinsky sich als großer - neu entdeckter - Gewinn für die Teilnehmerrunde darstellt. Nach der Führung war noch lange nicht Schluss - alle wollten noch intensiver die Bilder in der Sonderausstellung anschauen.

Das neue Historische Archiv am Eifelwall

// **Helga Pennartz, Ausschuss Aktive Ruheständler*innen (Text und Fotos)**

Das Historische Archiv ist das Gedächtnis der Stadt und eines der größten Stadtarchive Deutschlands. Hier finden sich unzählige Originaldokumente aus über 1.000 Jahren rheinischer Geschichte. Archiviert wurden auch Handschriften u.a. von Albertus Magnus, Jacques Offenbach, Giuseppe Verdi, Konrad Adenauer und Heinrich Böll. Die älteste Urkunde im Archiv stammt aus dem Jahr 822.

Das Stadtarchiv Köln überstand den Zweiten Weltkrieg unbeschadet. Am 3. März 2009 stürzte der Gebäudekomplex samt zweier Nachbargebäude aufgrund von Fehlern beim Bau eines U-Bahn-Tunnels ein. Im Archiv befanden sich zu der Zeit:

27 laufende Kilometer Akten, 62.000 Urkunden, 329.000 Karten, Pläne und Plakate sowie 500.000 Fotos.

Rund 90 Prozent des Archivguts war verschüttet, ein Großteil davon im Grundwasser. Nach Abschluss der Bergungsphase im Jahr 2011, in der rund 95 % des verschütteten Archivgutes geborgen werden konnte, dauerte die Erfassung der geborgenen Objekte bis 2021. Das Archivgut hatte durch den Einsturz jegliche logische Ordnung ver-

loren, es wurde vollkommen durcheinandergebracht. Zudem hat sich der allgegenwärtige Betonstaub über sämtliche Archivalien verteilt.

Nach dem Einsturz wurde schon sehr bald ein Restaurierungszentrum geplant, das den besonderen Anforderungen und der großen Masse an Restaurierungsobjekten gerecht werden sollte. Über das ganze Bundesgebiet verteilt - vom nördlichen Schleswig-Holstein bis in den Süden in Freiburg - waren geborgene Archivalien des Historischen Archivs gelagert. Die Archivalien wurden sukzessiv entweder in der angemieteten Werkstatt in Porz-Lind restauriert, oder externe Anbieter*innen, Kooperationspartner*innen übernahmen diese Aufgabe.

Parallel dazu wurde „Am Eifelwall“ Europas modernstes kommunales Archiv geplant und errichtet, in dem 2021 das Historische Archiv und das Rheinische Bildarchiv ihre neue Heimat gefunden haben. Gebaut wurde nach den Plänen des Architekturbüros Waechter + Waechter, Architekten aus Darmstadt. Eine hochkomplexe Gebäudetechnik sorgt für neun verschiedene Klimazonen, um für alle Archivalien optimale kon-

servatorische Bedingungen zu gewährleisten. Zur effizienten Nutzung der Energie ist ein Eisspeicher mit 400.000 Litern Wasser im Erdreich verbaut worden.

In diesem Neubau sind die Restaurator*innen sowie die zahlreichen Hilfskräfte technisch perfekt ausgerüstet. Die Maschinen und Geräte wurden teilweise eigens für die speziellen Anforderungen der Behandlung der Einsturzschäden entwickelt, so zum Beispiel eine im August 2011 angeschaffte Gefriertrocknungsanlage.

In einer der Werkstätten erhielten wir einen Einblick in die Arbeitsschritte der Restaurierungen. Bevor mit der Restaurierung einer geborgenen Archivalie begonnen werden kann, muss festgestellt werden, um welche Art von Archivgut es sich handelt. Hier beginnt dann auch schon der dritte große Arbeitsbereich, jedes weiter zu bearbeitende „Fundstück“ wird mittels eines Barcodes registriert, mit einem Scanner, wie wir ihn aus dem Supermarkt kennen.

Der auf den geborgenen Archivalien allgegenwärtige Betonstaub musste von jedem einzelnen Blatt entfernt werden, was bei einem Gesamtbestand von fast 30 Regalkilometern eine nie gekannte Herausforderung



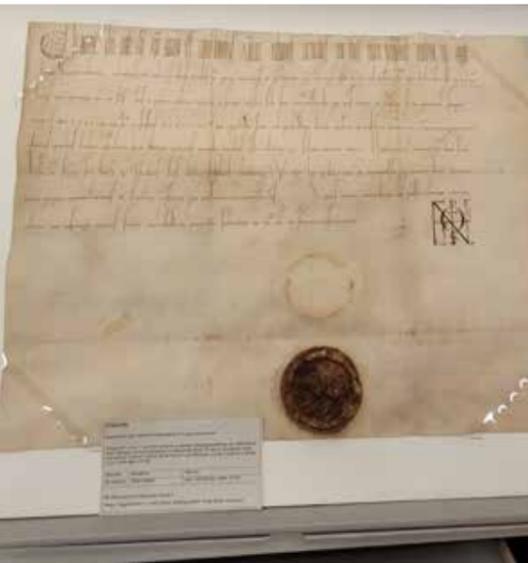
Gefriertrocknungsanlage



Werkzeuge



Noch zu restaurieren.



Urkunde

immer noch darstellt. Bei leichteren Schäden war die Bearbeitung mit dieser Trockenreinigung abgeschlossen. Dies war jedoch nur bei circa 15 Prozent der Fall. Bei allen anderen Archivalien waren und sind aufwändige Arbeiten notwendig: Glätten, Risse schließen, Fehlstellen ergänzen, Siegel fixieren, Befall entfernen, neue Einbände und Schutzverpackungen herstellen.

Dazu werden folgende Werkzeuge verwendet: Pinsel, Latexschwamm, Spatel oder Skalpell und Druckluft durch Airbrush oder Ausblaspistolen.

In den seltensten Fällen bringt eine Methode allein den gewünschten Erfolg. In der Regel sind kombinierte Verfahren am effektivsten: Zunächst wird das Blatt mit einem Pinsel oder mit Druckluft behandelt, anschließend kann mit dem Latexschwamm gezielter und gründlicher gereinigt werden. Anhaftende Verkrustungen fallen dann zusätzlich dem Skalpell zum Opfer. Eine besondere Herausforderung stellten die fotografischen Bestände und audiovisuellen Medien dar, deren Trägerschichten sehr anfällig für mechanische und chemische Belastung waren und sind.

Heute sind die restaurierten Objekte digital erfasst und der Barcode gibt den Standort im Magazinblock wieder. Eine chronologische Ordnung, wie sie im alten Archiv

noch Bestand hatte, wurde aufgelöst. Sie war schlichtweg nicht mehr möglich.

Die Digitalisierung der Bestände wurde bereits in der Zeit vor dem Einsturz entscheidend angestoßen. Hierzu stehen Großformatscanner, Buchscanner sowie weitere, kleinere Scanner zur Verfügung.

Die Digitalisierung dient in erster Linie den Nutzer*innen und ist ein wesentlicher Schritt in Richtung eines Bürgerarchivs. Die Objekte werden so digitalisiert, dass sie auch künftigen Generationen sicher zur Verfügung stehen. Durch die Digitalisierung wird sowohl die weltweite wissenschaftliche Forschung in den Beständen des Historischen Archivs als auch die Benutzung der Archivalien für bislang archivferne Bürger*innen bequem von zu Hause aus möglich. Die digitalisierten Archivalien können über die Website des Digitalen Historischen Archivs eingesehen werden. Wer eine originale Urkunde oder ein Schriftstück selbst ansehen möchte, muss dies anmelden.

Eine neue U-Bahn ist im Bereich des neuen Historischen Archivs nicht geplant, auch andere größere Bauarbeiten sind im Gebiet des Eifelwalls nicht vorgesehen. So besteht die berechtigte Hoffnung, dass das Archiv noch lange genutzt werden kann. Die Lagerkapazität neuer Objekte ist für weitere 30 Jahre eingeplant.

„KÖLN - DU PASST IN KEIN MUSEUM ... außer in dieses“

Führung (60 Min.) durch das neue Kölnische Stadtmuseum:
mit ACHT Emotionen durch die Kölner Stadtgeschichte

anschließend:
gemütlicher Schwatz an einem schönen Ort in der Nähe

8. Oktober 2024, 11.45 Uhr
Treff: im Foyer des Kölnischen Stadtmuseums, Minoritenstr. 13

Kosten: 5 € Beitrag

Besuch der Ausstellung: „Planet Ozean“ –

Führung ab 13 Uhr (60 Min.) danach individueller Ausstellungsbesuch

anschließend ab 15 Uhr:
ggfs. gemütlicher Schwatz im Restaurant des Gasometers

7. November 2024, 12.30 Uhr
Treff: im Foyer Gasometer,
Arenastr. 11, 46047 Oberhausen
Kosten: 11 € Eintritt

Programmübersicht zu den Aktivitäten unseres Ausschusses
Aktive Ruheständler*innen von September bis Dezember 2024

Die Teilnehmerzahlen sind begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (Telefon 0221-516267 oder E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall unbedingt auch wieder abmelden.

Führung ab 14 Uhr durch die Museumsarchitektur und Highlights
der Ausstellung

„Im Fluss“

im Arp-Museum Rolandseck (60 Min.)

anschließend:
gemütlicher Austausch bei Kaffee/Kuchen im Bistro des Museums
(nur mit verbindlicher Voranmeldung!)

11. Dezember 2024, 13.30 Uhr Treff: im Foyer des Arp-Museum
Hans-Arp-Allee 1, 53424 Remagen
Kosten: 17 € Eintritt incl. Kaffee/Kuchen

GEW Thüringen und AfD sind unvereinbar

Beschluss vom 5. März 2024 des // **Landesvorstands der GEW Thüringen**

Position



Landtagswahl Thüringen

Der GEW Thüringen ist bewusst, dass trotz vieler sinnvoller - auch durch die GEW erstrittene - Maßnahmen während der letzten Jahre etliches im Bildungs- und Wissenschaftsbereich im Argen liegt. Die Herausforderungen durch verschiedene Krisen, durch den wachsenden Personalmangel und die sich verschärfende Unterfinanzierung sind zum Leidwesen der Beschäftigten und am Erziehungs-, Bildungs- und Wissenschaftssystem Beteiligten enorm gestiegen.

Trotz aller Kritik sieht die GEW Thüringen in der AfD keine Alternative für Deutschland (und auch nicht für Thüringen). Sie benennt allenfalls Problemfelder, verzichtet aber auf konkrete und aus unserer Perspektive sinnvolle Lösungsvorschläge oder holt diese aus der Mottenkiste längst überwindener Gesellschaftsvorstellungen.

Björn Höcke, Vorsitzender der AfD Thüringen hat unlängst seinen Fünf-Punkte-Plan für Thüringen veröffentlicht:

- im Namen des Freistaates Thüringen den Bund für seine Flüchtlingspolitik verklagen
- den Thüringer Verfassungsschutz umkrempeln
- sämtliche Fördermittel für Demokratie, Vielfalt und den Kampf gegen Rechtsextremismus streichen
- den Klimaschutz im Freistaat beenden
- die Medienstaatsverträge kündigen und den Rundfunk staatlich finanzieren [und damit zu kontrollieren, Anm. der Verfasserin]

(MDR Thüringen, 03.12.2023)

Das ist nur die Spitze des Eisbergs.

Die Aufdeckungen von CORRECTIV haben gezeigt, dass es bei der AfD und ihren rechtsextremen Vernetzungen um mehr

als nur Gedankenspiele geht. Sie planen die Deportation aller Menschen mit Migrationshintergrund mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft, Unterstützer:innen von Geflüchteteninitiativen und angeblich regierungstreuen Journalist:innen. Diese Veröffentlichungen haben in den vergangenen Wochen mehrere hunderttausend Menschen zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten auf die Straße gebracht, auch in Thüringen, auch im sogenannten „ländlichen Raum“. Das ist ein wichtiges Signal an die AfD, die mehr denn je meint, sie spräche für das Volk.

Als GEW Thüringen freuen wir uns über das zivilgesellschaftliche Engagement der letzten Wochen. Dabei kann es jedoch nicht bleiben.

Zunehmend wenden sich Mitglieder an die GEW Thüringen, die sich Sorgen machen. Sorgen darüber, was sie erwartet, wenn die AfD in Thüringen nach den Landtagswahlen tatsächlich in Regierungsverantwortung kommt, gar das Bildungs- oder das Wissenschaftsministerium erhält. Verunsicherungen hinsichtlich möglicher Diskriminierung und Redeverbote, Pläne zur Kündigung des Arbeitsplatzes, zum Wegzug aus Thüringen werden längst von denen geäußert, die unsere Zukunftsperspektive sind.

„Die [...] Gewerkschaften [...] lösen unser liebes, deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl. Aber wir Patrioten werden diesen Wasserstrahl jetzt zudrehen! Wir werden unser Deutschland Stück für Stück zurückholen!“ (Björn Höcke am 17.01.2017)

Das dürfen wir nicht zulassen. Das müssen wir verhindern.

Nicht zuletzt wegen der Ankündigung Höckes, Inklusion und Gender Mainstreaming aus der Bildung und Wissenschaft zu verbannen gilt für die GEW Thüringen: Die Agenda der AfD gefährdet unsere Demokratie. Sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie will das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe beschneiden, etwa indem sie Krippen abschaffen will, weil ihrer Meinung nach Frauen an den Herd gehören. Weil Menschen mit Beeinträchtigungen nicht ihrem Menschenbild entsprechen, will sie diese nur noch in Förderschulen beschulen/betreuen und sie somit exkludieren/ an den Rand der Gesellschaft schieben. Und: Nicht weniger als die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter soll abgeschafft werden – Gleichberechtigung ist im Grundgesetz verankert. Die AfD vertritt ein zutiefst rassistisches Menschenbild und kooperiert an vielen Stellen sehr bewusst mit rechtsextremen Organisationen und Bewegungen. Der Thüringer Landesverband der AfD ist nachgewiesen rechtsextrem, Mitglieder fallen regelmäßig durch volksverhetzende, antidemokratische und menschenrechtsverletzende Äußerungen auf und den Thüringer Landesvorsitzenden darf man gerichtlich attestiert einen Faschisten nennen.

Zudem: Eine ernsthafte Diskussion über die Programmpunkte der AfD ist aussichtslos: Den Kernaussagen aus den jeweiligen Partei- und Wahlprogrammen steht jeweils eine Vielzahl von abweichenden und gegenläufigen Aussagen anderer Programme, Reden oder Interviews entgegen.

Die GEW Thüringen stellt fest, dass die Beschlusslagen des Landesverbandes und des Gewerkschaftstages weiterhin Bestand haben: GEW und AfD stehen sich diametral gegenüber. Wer die Grundsätze der GEW ernst meint, kann nicht zugleich AfD-Positionen vertreten. Daher schließt die GEW Thüringen auch künftig die Zusammenarbeit mit der AfD aus, lädt sie nicht zu Veranstaltungen ein und beteiligt sich aktiv an Bündnissen und Kundgebungen, die für Demokratie, Vielfalt, Toleranz und Zusammenhalt einstehen. Sie wird alle Kolleg:innen unterstützen, die politische Neutralität nicht missverstehen, sondern sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und damit gegen Rassismus, Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit und neofaschistische Politik einstehen.

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2024



Friedensgebot mit Leben füllen, kriegerische Gewaltspirale durchbrechen!

Weltweit steigt die Zahl einsatzbereiter Atomwaffen. Immer mehr militärische Konflikte und Krisen sowie innerstaatliche Auseinandersetzungen prägen das internationale Geschehen. Der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine geht mit unverminderter Grausamkeit weiter. Der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel hat im Nahen Osten einen Krieg ausgelöst, in dessen Folge zehntausende Opfer und schreckliches Leid für die Zivilbevölkerung zu beklagen sind, insbesondere auch im Gaza-Streifen. In Afrika haben Militärputsche und dschihadistische Gewalt zu neuen blutigen Kämpfen mit vielen Toten geführt. In der Folge wächst auch die Zahl an Geflüchteten und Binnengeflüchteten unablässig.

In mehr und mehr Ländern fällt die Politik in alte Denkmuster zurück und antwortet mit bewaffneten Interventionen und militärischer Unterstützung auf diese Gewaltspirale, ohne sie durchbrechen zu können. Verschärft wird die Lage dadurch, dass die Vereinten Nationen nahezu handlungsunfähig sind. Die Welt gerät aus den Fugen. Und es ist aktuell keine Instanz in Sicht, die die Autorität und Fähigkeit besitzt, den Grundstein für eine neue internationale Friedensordnung zu legen.

Es ist höchste Zeit, die Eskalation militärischer Gewalt zu beenden. Dafür braucht es eine Koalition von Staaten, die es zur Prämisse ihrer Außen- und Sicherheitspolitik machen, Konfliktsachen frühzeitiger zu erkennen und an der Wurzel zu bearbeiten. Zu lange schon verrennt sich das sicherheitspolitische Denken und Handeln in Diskussionen über „Kriegstüchtigkeit“ und immer neue Waffenlieferungen.

Wir Gewerkschaften erinnern anlässlich des diesjährigen 75. Geburtstags des Grundgesetzes daran, dass Frieden nicht mit immer mehr Waffen erreicht werden kann. Das ändert nichts daran, dass wir solidarisch an der Seite der Ukraine und Israels stehen, wenn es um die Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstverteidigung geht. Wie überall, müssen auch dort alle Kriegsparteien zwingend die Grenzen des humanitären Völkerrechts einhalten. Der Schutz und die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrung und medizinischer Hilfe müssen gewährleistet sein. Dazu ist insbesondere die israelische Regierung völkerrechtlich aufgerufen!

Mit dem Friedensgebot in unserer Verfassung hat sich die Bundesrepublik dazu verpflichtet, als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Gebot mit neuem Leben zu füllen. Das heißt vor allem, ihr Handeln an diplomatischen Ansätzen zur Krisenprävention und Konfliktlösung auszurichten. Indem sie an einer Zwei-Staaten-Lösung in Nahost festhält und gemeinsam mit ihren Partnern eine Waffenruhe im Gaza-Streifen anstrebt, hat die Bundesregierung wichtige Schritte in diese Richtung unternommen. Auch mit ihrer Beteiligung an der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine und der internationalen Friedenskonferenz in der Schweiz hat sie richtige diplomatische Weichen gestellt.

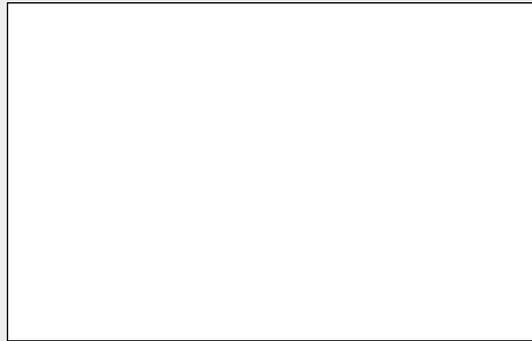
Völlig unzureichend bleibt hingegen das Eintreten Deutschlands für Abrüstung, Rüstungs- und Rüstungsexportkontrolle. Hierzu erwarten wir neue Initiativen auf europäischer und internationaler Ebene. Mit 2,4 Billionen Dollar sind die globalen Rüstungsausgaben so hoch wie nie. Der zerstörerischen Logik des Wettrüstens muss endlich Einhalt geboten werden!

Die veränderte geopolitische Lage und Herausforderungen wie Klimawandel, Armut und Hunger erfordern eine umfassend verstandene Außen- und Sicherheitspolitik, die sich der historischen Verantwortung unseres Landes bewusst ist und mit aller Kraft für Frieden, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz einsetzt. Umso unverständlicher ist die Ankündigung des Bundesfinanzministers, bei der Entwicklungshilfe und bei Demokratieprojekten zu sparen. Gerade angesichts des weltweiten Erstarkens rechtsextremer Parteien bedarf es eines breiten Verständnisses von Sicherheit, um Demokratien widerstandsfähiger zu machen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter leisten dazu unseren Beitrag. Wir stehen solidarisch zusammen in unserem Einsatz für eine offene und vielfältige Gesellschaft, für unsere demokratischen Werte, für Freiheit und soziale Gerechtigkeit – als zentrale Voraussetzungen für dauerhaften und echten Frieden.

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag





Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur
Mitgliederversammlung der GEW Köln
am 6. November 2024 von 17h30 – 20h00 im großen Saal des DGB-Hauses
(Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock)
Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Vorläufiger Vorschlag zur Tagesordnung:

TOP 1 Austausch & Berichte

a) Berichte aus den Fachgruppen (FG), Ausschüssen (AS) und Arbeitskreisen (AK)

TOP 2 Thema & Diskussion

(wird noch näher spezifiziert)

TOP 3 Anträge

a) Anträge zu Satzung & Wahlordnung
b) sonstige Anträge

TOP 4 Verschiedenes

Anträge an die MV müssen bis zum 30. Oktober 2024 in der Geschäftsstelle eingegangen sein.
Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah
auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

*Herzliche GEWerschaftliche Grüße
der Geschäftsführende Vorstand*